



## GRUNDLAGEN DES VEREINS BfGT Bürger für Gütersloh e. V.

1. Die **BfGT** sorgt dafür, dass die Bürger\*innen in der Gütersloher Politik mitbestimmen.

1999 als Zusammenschluss von politisch engagierten Gütersloher Bürgern mit dem Ziel gegründet, die Bürger in unserer Stadt direkt und wirkungsvoller als bisher mitbestimmen zu lassen, ist die **BfGT** von einem belächelten „Underdog“ zu einer festen Größe geworden. Sie wird von allen Gremien ernst genommen und wegen ihrer konstruktiven Vorschläge anerkannt. Als Sprachrohr vieler politisch interessierter Gütersloher Bürger ist die **BfGT** eine starke Kraft im politischen Geschehen der Stadt. Sie hat in den vergangenen Jahren Ideen entwickelt und durchgesetzt, die Gütersloh zum Besseren verändert haben.

Im Rat der Stadt Gütersloh sind wir seit 21 Jahren das Sprachrohr der Bürgerinnen und Bürger, auch gegenüber den anderen Parteien und der Verwaltung. Bürgeranträge und -vorschläge sollen seitens der Verwaltung nicht abgeblockt, sondern ernsthaft überprüft und umgesetzt werden! Dafür setzen wir uns ein, unser Name ist Programm! Die Arbeit der Verwaltung soll durch die Ratsarbeit der **BfGT** in allen Bereichen durchsichtiger und bürgerfreundlicher werden. Warum werden noch immer viele Themen im Rat hinter verschlossenen Türen erörtert? In den einundzwanzig Jahren unserer Ratszugehörigkeit stellten wir immer wieder Anträge, um Themen, die uns alle angehen, in öffentlichen Sitzungen zu erörtern. Zumeist wollte die politische Mehrheit im Rat diese Offenheit nicht. Wir wollen hingegen den Sinn und Zweck, zu dem die „Bürgervertreter“ gewählt werden, tatsächlich voll erfüllen: Die Interessen der Gütersloher\*innen vertreten, Wünsche und Anregungen auf kürzestem Wege zu berücksichtigen und vor allem auch umzusetzen. Politische Entscheidungen müssen für alle Gütersloher\*innen verständlich und nachvollziehbar sein.

Nach dem Motto „Für uns gibt es keine politischen Gegner, sondern im Interesse unserer Stadt nur politische Partner“ beabsichtigt die **BfGT** weiterhin mit allen im Rat der Stadt Gütersloh vertretenen Parteien zusammenzuarbeiten. Wir gehen aber keine festen Koalitionen ein, sondern suchen immer wieder nach Mehrheiten für unsere Anträge, die dem Wohle der Stadt und ihrer Bürger\*innen nutzen.

**BfGT Bürger für Gütersloh e. V. - Wir Bürger werden mitbestimmen!**

**2. Die BfGT will nicht kritisieren oder politische Phrasen dreschen, sondern handeln und verändern.**

In dem Verein **BfGT Bürger für Gütersloh** haben sich Bürgerinnen und Bürger der Stadt Gütersloh zusammengeschlossen, die sich für ihre Stadt engagieren möchten. Gemeinsam, über Parteigrenzen hinweg, möchten wir das Beste für unsere Stadt erreichen. Alle sollen sich wohlfühlen in einer Stadt, in der die Bürger\*innen mitbestimmen dürfen.

Wir kritisieren nicht nur die fehlende Transparenz sowie die schlechte Informationspolitik seitens Politik und Verwaltung, sondern wollen diese auch zum Positiven verändern.

Die Gütersloher Bürger\*innen möchten nach ihrer Meinung gefragt werden und mitbestimmen! Die intensive Unterstützung und Beratung von Bürgerinitiativen und Vereinen wird auch in der neuen Ratsperiode zu den Schwerpunkten der **BfGT** gehören.

**3. Die BfGT hat immer ein offenes Ohr für die Anliegen der Gütersloher\*innen.**

Für die **BfGT** beginnt die Meinungsbildung und Mitbestimmung nicht erst vier Wochen vor den Kommunalwahlen und endet erst recht nicht am Tag danach. Wir sind der Garant für dauerhafte direkte Demokratie und Mitbestimmung und legen den Finger in die Wunde, reden „Tacheles“ im Rat und vertreten die Interessen der Gütersloher\*innen. Wir sind für die Bürger\*innen da, wenn sie uns brauchen! In zahlreichen wichtigen Fragen für unsere Stadt haben wir in den letzten Jahren Diskussionen moderiert, den Bürgern bei der Wahrung ihrer Interessen unbürokratisch geholfen und ihre Anliegen auf die politische Tagesordnung gebracht. Auch in der neuen Ratsperiode wird das zu unseren wesentlichen Aufgaben gehören.

**4. Die BfGT wird verhindern, dass die Politik den Bürgerwillen ignoriert.**

Die **BfGT** wird ein Auge auf die Ehrlichkeit der Politik haben. Wenn politische Mehrheiten im neuen Rat erneut bei übergreifenden Themen eindeutige Bürgermeinungen ignorieren (Beispiel Theaterneubau, Konsolidierungsmaßnahmen) und Anträge in diesem Zusammenhang ablehnen, werden wir die durch die Landesverfassung NRW festgeschriebenen Möglichkeiten der direkten Bürgerbeteiligung in Form von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden nutzen, um der Bürgerschaft weiterhin das Recht auf Mitbestimmung zu ermöglichen.

**5. Die BfGT konzentriert sich auf die Kommunalpolitik für unsere Stadt und lenkt nicht durch politische Themen ab, die wir auf kommunaler Ebene gar nicht beeinflussen können.**



Die etablierten Parteien diskutieren auch im Kommunalwahlkampf häufig Themen, für die der Landtag oder der Bundestag zuständig sind.

Darum geht es aber im Stadtrat nicht. Wir müssen uns in unserer Stadt mit den Themen beschäftigen, die für Gütersloh wichtig sind. Die **Satzung** (siehe Anmerkungen letzte Seite) der **BfGT** schreibt fest, sich ausschließlich auf kommunalpolitische Themen zu konzentrieren, um dadurch einen effektiveren Beitrag zur Gestaltung Güterslohs leisten zu können. Aus diesem Grund werden wir auch in Zukunft weder an Kreis-/Landtags- oder Bundestagswahlen teilnehmen.

**6. Die BfGT steht für Transparenz in allen Bereichen der Verwaltung und vertritt eine Politik im Sinne der Bürgerschaft unserer Stadt.**

Politik im Rahmen der beschriebenen Grundsätze bedeutet für uns:

- Entscheidungen von Politik und Verwaltung dienen als oberstes Ziel den Bürgern unserer Stadt und dürfen nicht von partei-/machtpolitischen Zwängen überlagert werden.
- Entscheidungen von Politik und Verwaltung müssen bürgernah, d.h. transparent und nachvollziehbar sein.
- Beschlüsse von Politik und Verwaltung beinhalten den respektierten Bürgerwillen und erfolgen nicht auf der Grundlage parteipolitischer Ränkespiele.

Die **BfGT** wird den Bürger\*innen unserer Stadt ein Forum bieten, damit auch nach der Wahl noch Ansprechpartner zur Verfügung stehen, um Anregungen, Probleme, Ängste, Sorgen und Nöte der Bürger\*innen aufzugreifen und daraus konkrete Schritte abzuleiten.

**Als Partner der Bürger\*innen werden wir Sie auch im neuen Rat mit allem Nachdruck vertreten.**





Die **Bürger für Gütersloh** sind richtig aufgestellt: Keine verkrustete Partei, sondern ein klares Bekenntnis zu Bürgernähe mit lokalen, nachvollziehbaren Themen.

<b>BfGT sind nicht...</b>	<b>...sondern vielmehr...</b>
... eine von vielen Parteien, die an die Macht wollen...	... eine Gruppierung, die die Bürger*innen mitbestimmen lassen will.
... ein Absender vollmundiger Versprechungen...	... diejenigen, die ihr Wahlprogramm einhalten.
... Bürokraten, die Politik als Verwaltungsaufgabe verstehen...	... Menschen, für die Politik ein Mittel zur Aushandlung und Durchsetzung gemeinsam definierter Ziele ist.
... Generalisten ohne Blick für die konkreten Sorgen der Menschen...	... Realisten mit stetigem Bezug zum Alltag in Gütersloh.
... angewiesen auf das Wohlwollen der Verwaltung...	... verstehen sich als selbstbewusster, unabhängiger Partner der Verwaltung.
... eingebunden in eine starre Partei-Struktur...	... unabhängig und nur den Wählern verantwortlich.
... Anhänger einer einseitigen Ideologie oder Lobbyist für einzelne Interessengruppen...	... sind für alle Bürger*innen da und verbinden liberale, wertkonservative, soziale und ökologische und umweltpolitische Ansätze so, dass etwas dabei herauskommt.
... Besserwisser, die sich am liebsten selbst reden hören...	... hören gut zu und benutzen den gesunden Menschenverstand.

**Die BfGT hört gut zu und ist die Einzige, die Bürgers Stimme als das oberste Gebot der Politik betrachtet.**

Ihre Ziele sind nicht verklausulierte Allgemeinplätze, sondern handfeste Verbesserungen für das Leben der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Gütersloh.

## **21 JAHRE RATSARBEIT der BfGT in der Stadt der Bürger\*innen**

21 Jahre Ratsarbeit der **BfGT** stehen für mehr Transparenz in politischen Prozessen und Verwaltungsarbeit. Der Maßstab, den wir hier anlegen, gilt selbstverständlich auch für unsere eigene Arbeit. Lassen Sie sich überzeugen von der **TRANSPARENZ unserer Arbeit**.

Auf der **BfGT** -Homepage und in den sozialen Netzwerken informieren wir ausführlich über die Arbeit der Fraktion sowie des Vereins. Transparenz und Informationen für die Bürger sind uns wichtig! Wir aktualisieren unsere Homepage nicht nur vor den Wahlen, sondern informieren Sie seit Beginn unserer Ratsarbeit über Neuigkeiten aus dem Rathaus. Wir stellen unsere Anträge ins Netz, setzen Links zu den Protokollen, damit Sie nachverfolgen können, ob wir unsere Wahlaussagen auch eingehalten haben bzw. welche Anträge angenommen und welche Vorhaben von der politischen Mehrheit abgelehnt wurden.

**BfGT Bürger für Gütersloh e. V. - Wir Bürger werden mitbestimmen!**



Auch nach den Wahlen werden Sie aktuelle Informationen, frühzeitige Bekanntgabe von Verwaltungsvorhaben und vieles mehr auf unserer Seite finden können. Unsere Website ist nicht gestylt. Denn: Es kommt uns nicht auf die Verpackung an, sondern auf die Inhalte.

Unsere Wahlprogramme von 1999 bis 2014 sind ebenfalls abrufbar. Überprüfen Sie unsere Aussagen. Rufen Sie die Entscheidungen und Stellungnahmen der jeweiligen Fraktionen ab. Die Protokolle von Rats- und Ausschusssitzungen finden Sie im Internet auf der städtischen Homepage <https://ratsinfo.guetersloh.de/>. Vergleichen Sie die Arbeit der Fraktionen mit den Wahlaussagen der Parteien aus dem Jahr 2014. Sie werden gravierende Unterschiede zwischen den anderen Parteien und der **BfGT** feststellen. Bilden Sie sich selbst Ihre Meinung.

Unsere Satzung finden Sie ebenfalls auf der **BfGT** -Homepage. Wünschen Sie Druckversionen, dann wenden Sie sich bitte an uns.

Lassen Sie sich also kein X für ein U vormachen. Studieren Sie sorgfältig die Wahlprogramme aller Parteien und Wählergemeinschaften, die sich mit ihren Kandidaten um die Ratsmandate im Rahmen der Kommunalwahl 2020 bewerben.

Mit derzeit 125 Mitgliedern ist die **BfGT** drittstärkste politische Vereinigung in der **Stadt der Bürger\*innen**.

Warum soll das nicht auch für den neuen Rat gelten?

**Optimistisch gehen wir als  
BÜRGER für GÜTERSLOH  
in die Kommunalwahl 2020!**



**Treffen Sie für sich und die Stadt der Bürger\*innen  
am 13. September 2020 die richtige Wahl**

**BfGT Bürger für Gütersloh e. V. - Wir Bürger werden mitbestimmen!**



## **Vielfältige Themen der Bürger für Gütersloh e. V. für die Stadt der Bürger\*innen**

### **ALTERNATIVE KULTURSPIELSTÄTTEN in der Stadt der Bürger\*innen**

Die **BfGT** setzt sich weiterhin für ungewöhnliche Spielstätten ein (Parkbad, Wapelbad, Freilichtbühne Mohnspark, Nordbad, Busdepot, Heidewaldstadion, Turnhalle Ost, TWE-Anlagen, Spexarder Bauernhaus, Fabrikhallen etc.), um den Bürger\*innen mehr Möglichkeiten und Anreize für den Besuch von Kulturveranstaltungen zu bieten. Es gibt immer mehr Künstler\*innen, Ensembles und Bühnen, die weder große Bühnen und Dekorationen, noch aufwendige technische Installationen benötigen, um beeindruckendes Theater zu gewährleisten, dass auf seine Ursprünge – die Schauspielerei – zurückgefahren, deshalb umso intensiver wirkt. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass Kultur nach draußen zu den Menschen kommen sollte.

### **AUFTRAGSVERGABEN an Unternehmen / Dienstleister in der Stadt der Bürger\*innen**

Sofern Aufträge von der Verwaltung freihändig vergeben werden können und nicht einer Ausschreibung unterliegen, sollten Gütersloher Unternehmen / Dienstleister etc. bevorzugt und vorrangig behandelt werden.

### **AUSLÄNDISCHE MITBÜRGER\*INNEN in der Stadt der Bürger\*innen**

In unserer Stadt wohnen 17 % (17.119) ausländische Mitbürger\*innen aus über 100 Staaten. Über ein Drittel der in Gütersloh lebenden Menschen haben einen Migrationshintergrund (Quelle: Ausländerstatistik der Stadt Gütersloh, Stand per 31.12.2019).

Die **BfGT** ist offen für alle Menschen, die in unserer Stadt ihr Zuhause haben. Wir profitieren von der kulturellen Vielfalt und sind dafür bereit, andere Lebensauffassungen zu akzeptieren. Genau das erwarten wir jedoch auch von unseren ausländischen Mitbürger\*innen, wie auch die Rücksichtnahme auf Andere, um ein friedliches Miteinander zu gewährleisten.

Hilfestellung, sich hier in der deutschen Gesellschaft zurecht zu finden, bieten wir gerne an und dürfen uns dabei jedoch nicht auf die Sprachförderung allein verlassen.

Die Mitglieder des Rates für Integration werden von den wahlberechtigten ausländischen Mitbürger\*innen gewählt. Ein Gremium, das die Belange der Migrant\*innen wahrnehmen möchte, sollte möglichst auch ein breites Spektrum vertreten. Eine wichtige Voraussetzung für enge Zusammenarbeit und Abstimmung der relevanten Themen.



Die **BfGT** wird sich weiterhin mit den ausländischen Mitbürger\*innen, Migrant\*innen, Vereinen und Institutionen zusammensetzen, um mit ihnen gemeinsam wichtige Themen aufzugreifen und Vorstellungen und Ziele eines friedvollen Miteinanders zu erörtern. Auch werden wir uns dafür einsetzen, dass ihnen preiswerte Veranstaltungs- und Tagungsräume zur Verfügung stehen.

### **BADESEE in der Stadt der Bürger\*innen**

Seit vielen Jahren setzt sich die **BfGT** für die öffentliche Nutzung des Baggersees ein. Nach dem Eigentümerwechsel wurde der Baggersee jedoch an den Sportfischereiverein Rheda-Gütersloh e.V. verpachtet. Im Rahmenplan Blankenhagen ist allerdings weiterhin die Möglichkeit des Badesees als Folgenutzung des Sandabbaus vorgesehen. Eine Realisierung des seit vielen Jahren diskutierten Badesees würde eine Lücke im Gütersloher Freizeitangebot schließen.

### **BÄDERPREISE in der Stadt der Bürger\*innen**

Die Veränderungen im Tarifsystem der Gütersloher Bäder sind aus Sicht der **BfGT** familienunfreundlich und sozial unverträglich. Die **BfGT** ist der Meinung, dass gerade der Eintritt in Frei- und Hallenbäder für die Breite der Bevölkerung erschwinglich sein muss. Eine Preispolitik, die bei sinkenden Besucherzahlen gleichbleibende Umsätze erzielen würde, darf hier nicht das Ziel sein. Auch die Erhöhung der durch die Vereine für Vereinssport zu erbringenden anteiligen Eintrittsgelder hält die **BfGT** für nicht angemessen. Das sind Gewinnoptimierungsgedanken, die nicht in das Bild einer familienfreundlichen Stadt passen.

### **BAUUNTERHALTUNG öffentlicher Gebäude in der Stadt der Bürger\*innen =>**

In den letzten Jahren hat sich die **BfGT** sich vehement dafür eingesetzt, dass die Mittel für die Bauunterhaltung öffentlicher Gebäude (z.B. Kindergärten und Schulen) nicht gekürzt werden. Nur scheinbar viel Geld wurde in die Renovierung städtischer Immobilien inkl. ihrer Außenanlagen investiert. Die **BfGT** ist der Meinung, dass diese Investitionen nicht ausreichen. Die Gebäude im städtischen Immobilienbestand weisen weiterhin einen hohen Investitionsstau auf, der gleichzeitig Wertverlust bedeutet. Betriebssicherheit und Aufenthaltsfreundlichkeit städtischer Immobilien haben höchste Priorität. Hier sollte zukunftsorientiert gehandelt werden.

Begonnene Investitionen für den Aus- und Neubau von Schulen sowie KiTas müssen trotz der Corona-Pandemie weitergeführt werden. Die **BfGT** unterstützt die sogenannte Modulare Holzbauweise beim Grundschulausbau. Die Grundschulen Neißeweg und Heidewald sind jedoch anders zu behandeln. Für die GS Neißeweg präferiert die **BfGT** einen Neubau in modulare Holzbauweise am aktuellen Standort.



Die Grundschule Heidewald soll entsprechend der bereits abgeschlossenen Planung ausgebaut und erweitert werden. Die **BfGT** plädiert dafür, dass die Modulare Holzbaweise genutzt werden soll, um dringende Raumbedarfe kurzfristig zu decken.

Bei Neuplanungen und neuen Bauten müssen Sowohl die Gebäude selbst als auch die Technik auf dem Dach so geplant werden, dass ein Maximum an erneuerbaren Energien möglich ist. Der Fall der Feuerwehr hat gezeigt, dass hier noch wieder etwas zu kurz gedacht wurde.

### **BEHINDERTE UND BENACHTEILIGTE SCHÜLER\*INNEN in der Stadt der Bürger\*innen**

Bereits im Wahlprogramm 2014 forderten die **BfGT** mehr Integration statt Separation für behinderte und benachteiligte Schüler\*innen. Sechs Jahre später ist Inklusion aufgrund der UN-Behindertenrechtskonvention nach wie vor in aller Munde. Nun gilt es, die Einrichtung von Kindertagesstätten und Schulen bedarfsgerecht anzupassen. Eine Schule nur "Schule gemeinsamen Lernens" zu nennen reicht nicht aus. Hierbei kommen auf die Stadt Gütersloh unvermeidbare Investitionen zu, insbesondere für Barrierefreiheit und zusätzliche Klassen- und Fachräume zur Differenzierung. Die **BfGT** fordern den verantwortungsbewussten Umgang mit Inklusion im Sinne der betroffenen Kinder und ihren Familien.

Inklusion hat in einem breiten Verständnis aber noch andere Facetten. So gilt es, Konzepte zu entwickeln, die der Vermeidung von Sonderschulbedürftigkeit dienen. Schulsozialarbeit muss es sich zur Aufgabe machen, mit den Schulen und den Lehrkräften gemeinsam der Schulmüdigkeit und dem Schulversagen entgegen zu wirken.

### **BEHINDERTENBEIRAT in der Stadt der Bürger\*innen**

Lange – seit 2004 – hat die **BfGT** für die Einrichtung eines Behindertenbeirats gekämpft. 2016 war es endlich soweit. Dadurch haben behinderte Menschen in Gütersloh eine starke Lobby bekommen. Die **BfGT** wird im engen Austausch mit dem Behindertenbeirat dafür sorgen, dass seine Ideen und Vorschläge gehört werden.

### **BESCHWERDEMANAGEMENT in der Stadt der Bürger\*innen**

Bürger\*innen, die mit Verwaltungsleistungen oder auch dem persönlichen Umgang mit dem „Kunden als Auftraggeber“ nicht zufrieden sind, wissen selten, bei wem sie sich direkt beschweren dürfen.

Das existierende städtische „Ideen- und Beschwerdemanagement“, mit dem Vorschläge, Anregungen und Kritik per Internet oder schriftlich direkt in eine der Boxen im Eingangsbereich des Rathauses abgegeben werden können, reichen nicht aus.





Die Einrichtung eines „echten“ Beschwerdemanagements würde zu einem anderen Verständnis zwischen Bürger\*innen und unserer Administration führen. Die Partnerschaft mit der Verwaltung, die sich selbst in der Rolle eines modernen Dienstleistungsunternehmens sieht, ist eine wichtige Voraussetzung für die Akzeptanz beider Seiten.

Ein Beschwerdemanagement kann helfen, inhaltliche und organisatorische Schwachstellen in der Verwaltung, in Einrichtungen der Kommunen oder an anderer Stelle aufzudecken. Im Mittelpunkt unseres Verständnisses steht die Partnerschaft zwischen den Bürger\*innen und der Verwaltung. Eine solche Initiative setzt allerdings den Einsatz hierfür besonders geeigneter Mitarbeiter\*innen voraus.

### **BEZAHLBARER WOHNRAUM in der Stadt der Bürger\*innen**

Ca. 2.600 Menschen stehen auf der Warteliste und suchen bezahlbaren Wohnraum in unserer Stadt. Die Britenwohnungen stehen weitgehend leer und obwohl dringend bezahlbarer Wohnraum gesucht und auch geschaffen werden soll, werden 55 Wohnhäuser der Parsevalsiedlung zugunsten von Gewerbeflächen abgerissen. Jahrelang wehrte sich die Verwaltung gegen die Gründung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft. Jetzt wird sie auf Initiative der **BfGT** gegründet.

Trotz aller Wohnraumprobleme darf unsere Stadt nicht zugebaut werden. Wir benötigen die Luft zum Atmen und deswegen muss der Erhalt und Ausbau von Naturflächen gewährleistet sein. Grünanlagen und Parkflächen verbessern das Klima und kühlen die Luft herunter. Auch durch Verdichtung bestehender Wohngebiete kann Wohnraum geschaffen werden. Das Quartier der Mansergh Barracks bietet neben einem Hochschulcampus neue Chancen für nachhaltiges Bauen und Möglichkeiten für generationenübergreifende Wohnprojekte.

### **BILDUNGSPOLITIK in der Stadt der Bürger\*innen**

In den Schulen entscheidet sich die Zukunft Güterslohs: Sie sind der Ort, der mit darüber bestimmt, ob unsere Kinder eine Zukunftschance erhalten und an der gesellschaftlichen Entwicklung teilhaben können. Dort werden die Grundlagen für die Ausbildung der in Zukunft benötigten Fachkräfte gelegt. Gütersloh braucht gute Schulen. Die **BfGT** setzt sich seit langem dafür ein, dass sich in der Politik das Verständnis, dass Schulen heute nicht mehr reine Halbtagschulen sind und dass ein Schulgebäude heute ganztägig genutzt wird, etabliert.

Große Teile der Schulpolitik werden vom Land NRW bestimmt, so z.B. die Lehrpläne. Aber auch in Gütersloh können wir gestalten, und diesen Spielraum will die **BfGT** besser nutzen als bisher. Was macht eine gute Schule aus? Eine gute Schule muss zuallererst individuelle Wege und Geschwindigkeiten für die Schüler ermöglichen. Die Schülerschaft wird immer vielfältiger, mit der Umsetzung der Inklusion von behinderten Schüler\*innen und der Zuwanderung sogar noch mehr.



Die **BfGT** sehen diese Vielfalt als Chance, die dann genutzt werden kann, wenn Schüler\*innen nach ihrem Leistungsniveau, ihren Bedürfnissen und Interessen individuell gefördert werden. Am besten funktioniert das in einer Ganztagschule; ganztägiger Schulbesuch sollte zum Normalfall werden.

Was ist in Gütersloh zu tun, um dieses Ideal zu verwirklichen? Aufgrund der Landesvorgaben für Lehrpläne u. ä. können wir in Gütersloh vor allem an den Rahmenbedingungen für Schule arbeiten. Schule muss mehr als ein Ort sein, an dem man Wissen paukt – Schule ist ein sozialer Ort. Offener Ganztag im Grundschulbereich ist an einem solchen Ort keine Nachmittagsverwahrung, sondern ein Teil des Lernprozesses, in dem sich Entspannung, Musik, Sport und andere Aktivitäten abwechseln und zusammen mit dem Unterricht ein Gesamtkonzept ergeben. Dies geht nur mit angemessener räumlicher und finanzieller Ausstattung, nicht in überfüllten Räumen. Die durch die CDU und Grüne beschlossene Kürzung der Zuschüsse der Offenen Ganztagschulen im Mai 2019 war hier kontraproduktiv und ging zulasten der Grundschulkinder.

Die Schulsozialarbeit ist mittlerweile integraler Bestandteil des Schullebens und wurde im vergangenen Jahr weiter ausgebaut. Die Reinigung der Schulgebäude und der sichere Schulweg (mit ausgebauten Radwegen und ohne überfüllte Busse) sollten zwar Selbstverständlichkeiten sein, das ist aber leider in Gütersloh nicht immer der Fall. Eine zweite mittägliche Toilettenreinigung in den Grundschulen konnte die **BfGT** durchsetzen, trotzdem ist hier - insbesondere mit Blick auf die weiterführenden Schulen - noch Luft nach oben. Nicht zuletzt sei auf die Vor-Ort-Versorgung mit Büchern und Medien hingewiesen, die durch Kürzungen bei der Stadtbibliothek gefährdet ist. Es darf deshalb keine Kürzungen bei der Stadtbibliothek mit ihren Schulbibliotheken mehr geben.

Schließlich noch ein Wort zur Schulstruktur: Die **BfGT** tritt an, um den Willen der Bürger\*innen politisch zum Tragen zu bringen, und das gilt auch hier. Die Strukturen müssen sich möglichst flexibel dem Wunsch der Gütersloher\*innen nach dem Besuch bestimmter Schulformen anpassen. Den erfolgreichen Prozess zur Eröffnung der Dritten Gesamtschule im Gütersloher Norden hat die **BfGT** von Anfang an begleitet und unterstützt. Als z.B. in Gütersloh keine Hauptschulen mehr nachgefragt wurden, waren diese aufzulösen und in den anderen Schulen bessere Bedingungen für individuelles Lernen zu schaffen (gerade auch in den Gesamtschulen). Wenn dies gelingt, wird die Schulform ohnehin zweitrangig.

## **BÜRGERBETEILIGUNG in der Stadt der Bürger\*innen**

Besonders vor Wahlen reden alle Parteien von aktiver Bürgerbeteiligung, von stärkerer Einbeziehung der Ideen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Entscheidungsprozesse. Es scheint als entdecken die etablierten Parteien immer wieder erst am Ende der Ratsperiode unsere Bürger. Die **BfGT** hat sich in unserer Stadt als Vorreiter für „direkte Demokratie und Mitbestimmung“ entwickelt.



Die Beiräte (Behinderte, Integration, JuPa + Senioren) müssen mehr Gewichtung bei der Gestaltung und Entwicklung unserer Stadt erhalten. Sie geben wichtige Impulse, die auch beachtet und umgesetzt werden sollten. Auch die Stadtschulpflegschaft sowie der Jugendamtselternrat sind wichtige Partner und Vertreter der Bürger, die nicht ungehört bleiben dürfen.

Eine Art der Bürgerbeteiligung, die für die etablierten Parteien in Gütersloh lange Zeit undenkbar war, in den letzten Jahren aber in mündlicher Proklamation aufgegriffen wird.

Trotzdem gibt es immer noch einen gravierenden Unterschied der **BfGT** zu den etablierten Parteien. Die etablierten Parteien reden nur darüber, wir leben Bürgerbeteiligung und setzen uns tagtäglich dafür ein.

- **Bürgeranregungen**

Die **BfGT** hat in den vergangenen Jahren viele Interessengruppen und Arbeitsgemeinschaften in Gütersloh unterstützt. Dabei war es für die **BfGT** nie wichtig, sich in den Vordergrund zu stellen. Allein das Ziel vor Augen wussten oft nur die Mitglieder der jeweiligen Interessengruppen oder Arbeitsgemeinschaften um unser Engagement.

Die **BfGT** werden auch weiterhin Hilfestellung geben, Bürgeranregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung NRW zu stellen. Wir wollen für dieses Instrument der politischen Mitwirkung auch weiterhin werben und Mitbürgerinnen und Mitbürgern unsere Hilfestellung anbieten, um ihre Anliegen in eine korrekte Form zu bringen und sie dadurch an der lokalen politischen Diskussion teilhaben zu lassen. Wir werden uns dafür engagieren, dass Anträge schneller bearbeitet werden.

- **Bürgerbegehren und Bürgerentscheide**

Die **BfGT** wird weiterhin Bürgerbegehren und Bürgerentscheide initiieren, wenn politische Mehrheiten im Rat den Bürgerwillen nicht erkennen wollen und über die Köpfe der Bürgerschaft hinweg Entscheidungen treffen, die von der Mehrheit der Gütersloher\*innen nicht getragen werden.

Gerade dieses Mittel demokratischer Mitbestimmung gibt vielen Menschen wieder das Gefühl, sich doch an der Gestaltung, Planung und Weiterentwicklung unserer Stadtgesellschaft beteiligen zu können.

In unserer Stadt wollen die Bürger\*innen nicht nur informiert werden, sie wollen auch mitbestimmen!



- **Bürgerumfragen**

Im Vorfeld von Beschlüssen könnten Bürgerumfragen die Entscheidungen besonders im Planungsbereich erleichtern und den Bürgerinnen und Bürgern zu weiterer Einflussnahme verhelfen. E-Government (s. eigener Punkt) oder Bürgerworkshops wären hier realistische Durchführungshilfen.

Auch zum Thema Bürgerumfragen sind Anträge der **BfGT** bisher abgelehnt worden, doch werden wir uns weiterhin intensiv dafür einsetzen, dass dieses Instrument für verstärkte Bürgerbeteiligung genutzt wird.

### **BÜRGERWALD in der Stadt der Bürger\*innen**

Wir unterstützen die Initiative der Bürgerstiftung, in Gütersloh einen Bürgerwald zu errichten. Wir unterstreichen unsere Unterstützung mit der Spende eines mittleren Baumes.

### **BUSFAHREN in der Stadt der Bürger\*innen (s. auch ÖPNV)**

Die **BfGT** unterstützen den Vorschlag des „Busfahrens für 1 €“. Ähnliche Projekte – sogar kostenloses Fahren – fanden bereits in Hasselt (Belgien), Chateauroux (Frankreich) und jüngst in Monheim statt und haben dort neben der Reduzierung des Individualverkehrs und somit des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes noch zu weiteren Vorteilen geführt: Mobilität aller Einwohner wurde garantiert, die Attraktivität der Innenstadt wurde erhöht usw.

Hohe Akzeptanz solcher Konzepte ist abhängig von einem umfassenden Mobilitätskonzept, das auch Überlegungen für ein Fahrrad-, Fußgänger- und Parkkonzept formuliert. Ziel muss es sein, ein für alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigtes Mobilitätskonzept zu entwickeln.

Die **BfGT** sieht in Anlehnung an solche Projekte für unsere Stadt die Chance, ein Zukunftsthema mit Lösungen und nicht mit Bedenken zu besetzen. Ein außerordentlicher Imagegewinn weit über die Grenzen unserer Stadt könnte die Folge sein. Unsere Stadt sollte die Chance nutzen.

### **CONTROLLING in der Stadt der Bürger\*innen**

Die Stadt Gütersloh hat sich bereits vor vielen Jahren dem sogenannten „Neuen Kommunalen Finanzmanagement“ verpflichtet. Mit diesem Ansatz setzt sich die Stadt in ihrem Haushalt und über Entwicklungspläne inhaltliche Ziele, macht diese messbar und kontrolliert, ob die Zielwerte erreicht werden.



Sowohl die Leistungen der Stadt als auch die damit verbundenen Kosten sollen dadurch für die Bürger\*innen transparent werden. Klare Ziele ermöglichen ein Controlling, d.h. eine Überprüfung der Qualität der Arbeit der Verwaltung.

Dieser Ansatz ist richtig und findet die volle Unterstützung der **BfGT**. Wir werden uns in den kommenden Jahren dafür einsetzen, dass er in Gütersloh noch konsequenter umgesetzt wird. In der vergangenen Ratsperiode war zum Beispiel festzustellen, dass einige von der Stadt vorgelegte Entwicklungspläne entgegen Ihres eigentlichen Zwecks überhaupt keine messbaren Ziele enthielten. Wie soll dann ein Controlling den Erfolg überprüfen können, wenn man über eine bloße Bestandsaufnahme in der Planung nicht hinauskommt? Auch werden die Instrumente eher im Verborgenen betrieben, als sie zu einer Kommunikation mit den Bürger\*innen zu nutzen.

Die **BfGT** wird hier weiter den Finger in die Wunde legen und eine konsequente und professionelle Umsetzung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements in der alltäglichen Arbeit der Verwaltung einfordern. Wir werden uns im Rat und in den Ausschüssen des Rates dafür einsetzen, die Wirkungen von Politik und Verwaltungstätigkeit durch messbare Ziele durchschaubar zu machen. Politik und Verwaltung müssen Rechenschaft darüber ablegen, ob sie ihre Qualitätsziele erfüllen oder nicht, und müssen darüber auch mit den Bürger\*innen kommunizieren.

## **DEMOGRAPHIE in der Stadt der Bürger\*innen**

Schon vor 2015 war klar, dass der demographische Wandel die Stadt Gütersloh nicht so hart wie andere Kommunen treffen würde. Ging man vor 2015 noch davon aus, dass die Zahl der Bevölkerung in Gütersloh bis 2030 um 3,1 Prozent sinken würde, ist die Bevölkerung stattdessen aufgrund des Zuzugs von Geflüchteten um ca. 3 Prozent gestiegen. Eines bleibt jedoch: Die Zahl der über 80-Jährigen wird um knapp 50 Prozent steigen. Die **BfGT** hat sich selbst verpflichtet, bei jeder zu treffenden Entscheidung die Herausforderung des demographischen Wandels im Blick zu behalten.

## **DIGITALISIERUNG in der Stadt der Bürger\*innen**

Die **BfGT** richtet den Blick in die Zukunft. Die Digitalisierung in verschiedenen Bereichen gehört selbstverständlich zu einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung.

**Digitalisierung in Schule** wurde in den letzten Jahren aus den Reihen der Schulleitungen über die Politik vorangetrieben. Dies stellte sich nun in Corona-Zeiten als großes Glück heraus. Gütersloh ist im Vergleich zu anderen Städten relativ weit. Ein großes Konzept zur Digitalisierung wurde im Frühjahr einstimmig beschlossen und kann zeitnah umgesetzt werden. Bald wird allen Schüler\*innen ab Jahrgangsstufe 7 ein iPad zur Verfügung stehen. Wichtig ist der **BfGT** jedoch, dass ein klar definiertes Sozialkonzept für die Beschaffung der Endgeräte erstellt wird. Es kann nicht sein, dass Schüler\*innen abgehängt werden, weil sich Familien kein iPad leisten können.



Außerdem muss aus **BfGT**-Sicht sichergestellt werden, dass für alle Schüler\*innen zu Hause WLAN zur Verfügung steht, weil ansonsten ein eigenes iPad keinen Sinn ergibt.

Digitalisierung um jeden Preis ist jedoch der falsche Weg. Dies hat sich eindrucksvoll bei der Bearbeitung des ersten digitalen Haushaltsentwurfes für 2020 herausgestellt. Die **BfGT** hatte gegen die Einführung des Digitalen Haushalts gestimmt, weil sie der Überzeugung war, dass das System noch nicht ausgereift war und noch zu viele Fragen offen geblieben waren. Trotz dieser Gegenstimmen haben sich die Mitglieder der **BfGT**-Fraktion ohne Vorurteile und voller Zuversicht an die Beratung des ersten digitalen Haushaltsentwurfs gemacht und stießen leider sehr bald an die Grenzen des Systems – wie sich bald herausstellte nicht nur die Mitglieder der **BfGT**-Fraktion, sondern aller Fraktionen. Abgestimmt wurde die PDF-Version des Haushaltsentwurfs, mit der die meisten Ratsmitglieder während der Haushaltsberatungen gearbeitet hatten.

Digitalisierung in der Verwaltung muss ebenfalls vorangetrieben werden. So wird die **BfGT** seit Jahren nicht müde, z.B. den Digitalen Bauantrag zu fordern. Die Bearbeitung von Bauanträgen könnte damit schneller und kundenfreundlicher werden und man würde dem aktuell häufig entstehenden Eindruck der Bauverhinderung entgegenwirken.

Die Ideenplattform des Gütersloher Digitalen Aufbruchs bringt aber eben nicht – wie sie verspricht – alle Akteure zusammen. Bei aller Zukunftsorientierung darf im Rahmen der Digitalisierung die Menschlichkeit nicht auf der Strecke bleiben. Der direkte Kontakt zwischen Bürger\*innen und Verwaltung darf dabei nicht verloren gehen, und diejenigen, die nicht Computer- oder Smartphone-affin sind, müssen behutsam mitgenommen werden und dürfen nicht zurück bleiben.

### **DRITTE GESAMTSCHULE in der Stadt der Bürger\*innen**

Die **BfGT** hat die Etablierung der Dritten Gesamtschule in den letzten 5 Jahren ganz eng begleitet. Die **BfGT** hat sich bereits am Anfang dieses Projektes für den Standort der Dritten Gesamtschule im Gütersloher Norden stark gemacht und die **BfGT** hat auch von Anfang an den Um-/Erweiterungsbau an EINEM Standort - der ehemaligen Hauptschule Nord - priorisiert (die Verwaltung und die Mehrheitsfraktionen wollten zunächst einen zweigeteilten Standort an der Freiherr-vom-Stein-Schule und an der Hauptschule Nord).

Die Kostensteigerung, über die im November 2019 informiert wurde, hat uns alle sehr erschreckt. Die **BfGT**-Fraktion vertritt nun die Meinung, dass an den Stellen, wo Einsparungen keinen großen Eingriff in die Pädagogik mit sich bringen - diese Einsparungen vorgenommen werden sollen. Hier vertrauen und hören wir ausdrücklich auf die Expertise der Schulleitung der Dritten Gesamtschule, die sich in den Fachausschüssen hierzu auch immer zu Wort meldet. Wir sind nicht bereit, das pädagogische Konzept der Schule kaputt zu sparen.

**BfGT Bürger für Gütersloh e. V. - Wir Bürger werden mitbestimmen!**



## **E-GOVERNMENT / BÜRGERHAUSHALT für die Stadt der Bürger\*innen**

Bei dem Projekt mit dem Namen „e-Participation“ oder „e-Government“ hätten die Bürger\*innen unserer Stadt die Möglichkeit, sich aktiv an der Haushaltsplanung zu beteiligen. Sie könnten Vorschläge über eine elektronische Plattform eingeben, diskutieren und bewerten.

Über den Haushalt unserer Stadt werden bildungspolitische, ökonomische, kulturelle, soziale und städtebauliche Maßnahmen finanziert. Es wird festgelegt, wohin die Gelder unserer Stadt und somit auch die Steuergelder der Bürger fließen. Kommunen sind in Deutschland seit jeher dazu verpflichtet, ihre Haushaltsplanung offen zu legen und Anregungen und Einwände der Bürger\*innen entgegen zu nehmen.

Die **BfGT** hat sich intensiv für einen Bürgerhaushalt eingesetzt. Nach leider enttäuschender Teilnahme seitens der Bürgerschaft wurde das im Grunde genommen gute Beteiligungskonzept jedoch auf ein Minimum zurückgefahren. Ziel bleibt es, die Bürger\*innen vermehrt zur aktiven Teilnahme zu bewegen, damit die Aufstellung des städtischen Haushaltes wieder gemeinsam mit den Bürger\*innen erfolgen kann.

## **EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT für die Stadt der Bürger\*innen**

Gütersloher engagieren sich seit vielen Jahren in zahlreichen Initiativen, Vereinen etc. Das städtische Sozial-Leben ist ohne Ehrenämter nicht denkbar. Der **BfGT** ist es auch künftig wichtig, diesen Dienst an der Gemeinschaft und eine entsprechende Anerkennungskultur zu fördern.

Die **BfGT** wünschen sich mehr und nicht weniger Bürgerbeteiligung und bedanken sich bei den vielen Initiativen, die sich betätigen und für den Erhalt und die Verbesserung unserer Stadt einsetzen.

Unser Antrag, ehrenamtlich tätigen Mitbürger\*innen eine Anerkennung für Ihre Tätigkeit zukommen zu lassen und somit einen Anreiz zu schaffen, sich weiter ehrenamtlich zu engagieren, ist angenommen worden. Wir werden uns für eine Ausweitung der Anerkennungen einsetzen.

## **FAMILIEN, KINDER UND JUGEND in der Stadt der Bürger\*innen**

Familien erbringen nicht unerhebliche Leistungen für die Kommune und die Gesellschaft. Familien sind wichtig für unsere Stadt. Die **BfGT** unterstützen die Bemühungen der Verwaltung, unsere Stadt möglichst familienfreundlich zu gestalten.

So haben die **BfGT** aktiv zum Beitritt des Gütersloher Bündnis für Erziehung zur Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familie“ beigetragen. In seinen Leitzielen formuliert das Gütersloher Bündnis für Familie u. a., dass es sich für Kinder- und Familienfreundlichkeit in der Stadt Gütersloh engagiert.



Die Umsetzung muss und soll nicht vorrangig ausschließlich über städtische Einrichtungen geschehen. Vielmehr sollten wir die Kompetenz und Erfahrung der in Gütersloh tätigen Jugend- und Wohlfahrtsverbände (Freie Träger) stärker nutzen und sie zu gleichwertigen Partnern in der Kinder- und Jugendarbeit machen. Denn: Eine moderne Jugend- und Sozialpolitik hat die Aufgabe, Unterstützung zielgenau anzubieten.

Die **BfGT** spricht sich auch weiterhin dafür aus, dass das Sparen in unserer Stadt im Kinder- und Jugendbereich nicht fortgesetzt wird, so dass Förderungen für Ferienfreizeiten nicht wegfallen, Kindergärten bzw. Gruppen nicht geschlossen werden und Schulen baulich nicht verkommen.

Wenn wir wollen, dass wieder mehr Kinder in unserer Stadt aufwachsen, dann sollten wir ein kinderfreundliches Gütersloh schaffen, das Eltern und ihren Kindern das Gefühl gibt, dass sie bei uns willkommen und gut versorgt sind.

Die **BfGT** setzt sich dafür ein, bei den KiTa- und OGS-Beiträgen die Freigrenze von 25.000 €, bis zu der keine Beträge gezahlt werden müssen, zu erhöhen. Seit über 10 Jahren wurde diese Grenze nicht mehr angepasst. Jugendlichen will die **BfGT** mehr Freizeitmöglichkeiten geben. Um Familien zu unterstützen, sind auch die Bäderpreise wieder familienfreundlich zu gestalten.

Wir werden weiterhin dafür plädieren, Vertreter\*innen von Elternschaften, Schülergremien sowie dem Jugendparlament Mitsprache in den zuständigen Ausschüssen wie z. B. Bildung und Jugendhilfe zu gewähren.

### **FAMILIENFREUNDLICHKEIT in der Stadt der Bürger\*innen**

Der Rat der Stadt Gütersloh hat 2012 bis auf die Gegenstimmen der **BfGT**-Ratsfraktion einstimmig für die Teilnahme am Auditierungsverfahren zur familienfreundlichen Kommune Gütersloh gestimmt. Nicht weil wir gegen Familienfreundlichkeit sind, sondern weil wir diese Auditierung als Show-Veranstaltung erlebt haben. Das Interesse das im Audit verliehene Siegel zu erhalten trat in Gütersloh vor das Interesse, wirklich etwas für Familien zu bewegen. Wir schätzen die Wirkung der Auditierung eher so ein, dass man sich nun zufrieden zurücklehnt, statt echte Maßnahmen für Familien zu planen und umzusetzen.

Die **BfGT** wird nicht müde zu fordern, das Auditierungsverfahren nicht weiter zu verfolgen und auf eine Rezertifizierung zu verzichten, dadurch die Verwaltung zu entlasten und die gesparten Ressourcen für familienfreundliche Maßnahmen zu verwenden. Stattdessen fordern wir eine durchgängige Familienorientierung: Verwaltung und Politik müssen sich bei jeder Entscheidung überlegen, welche Auswirkungen diese auf Familien hat.





## **FINANZEN in der Stadt der Bürger\*innen**

Unabhängig von den Corona bedingten Einbrüchen von über 50% bei der Gewerbesteuer würde der sich Schuldenstand 2023 lt. Verwaltung auf ca. 250 Millionen erhöhen. Der Anstieg der Schulden fand durch den Bürgermeister bei der Haushaltseinbringung leider keine Erwähnung. Ehrlich und transparent muss den Bürgern erklärt werden, wie sich die Haushaltslage der Stadt in den nächsten Jahren entwickeln wird.

Sobald die **BfGT** einzelne Einnahmen- und Ausgabenposten des Haushalts kritisiert, wird den Fraktions- und Ausschussmitgliedern immer wieder Populismus vorgeworfen. Die **BfGT** wird nicht müde zu betonen, dass v.a. ihre Prioritäten hinsichtlich der Ausgaben oftmals andere sind als die der Mehrheitsfraktionen. So stimmte die **BfGT** z.B. gegen die teure Verlegung des Stadthalleneingangs sowie die umfangreiche Neugestaltung der Stadthallen-Fassade. Das Wahlprogramm der **BfGT** zeigt viele Möglichkeiten auf, wofür dieses Geld hätte besser ausgegeben werden sollen. Das ist nicht populistisches, sondern vielmehr bürgernahes Verhalten.

## **FLÄCHENVERBRAUCH in der Stadt der Bürger\*innen**

Ein eindeutiges Votum zur Reduzierung des Flächenverbrauchs hat die **BfGT** mit Ihrer Zustimmung zu den Landesvorgaben im Rahmen der Aufstellung des Landesentwicklungsplans abgegeben.

Die Verhinderung der Siedlungsausbreitung im Außenbereich, der Grundsatz einer nachhaltigen Stadt, die Wiedernutzung von Freiflächen und die flächensparende Siedlungsentwicklung gehören zu den wichtigen Aufgaben der Zukunft. Um umwelt- und ressourcenschonende Flächen auszuweisen, wird sich die **BfGT** im Rahmen der Gewerbeflächenentwicklung auch weiterhin für interkommunale Zusammenarbeit aussprechen.

## **FÖRDERVEREINE für Schulen + KITAS in der Stadt der Bürger\*innen**

Was wären die Schulen und Kindertagesstätten unserer Stadt ohne die Fördervereine. Von der Renovierung der Räumlichkeiten bis zur Versorgung mit Toilettenpapier springen die Fördervereine mit privaten Mitteln dort ein, wo die Mittel der Verwaltung knapp werden bzw. nicht mehr ausreichen. Der Fachbereich Jugend verfügt über einen so genannten Initiativfonds, aus dem bisher hauptsächlich die Sozialraumarbeitsgemeinschaften Mittel abrufen konnten. Die jährlich neu bereitzustellenden Gelder werden jedoch nicht immer vollständig beansprucht. Auf Antrag der **BfGT** steht der Initiativfonds inzwischen auch für die Fördervereine zur Verfügung. Unbürokratisch werden Anträge bearbeitet und die Auszahlung für Unterhaltung und Ausstattung kurzfristig vorgenommen. Eine weitere Stärkung der Fördervereine gehört zu unseren wichtigen Aufgaben der neuen Ratsperiode.



## **FREIZEIT in der Stadt der Bürger\*innen**

Bei einer Verbesserung der Haushaltslage wird sich die **BfGT** für die Erhöhung von Zuschüssen zu Jugendfreizeiten der freien Träger einsetzen.

In den Ortsteilen können „Klein-Spielfelder“ wie Mühle, Dame, Schach für Erwachsene zu Treffpunkten werden. Private Initiativen dieser Art sollen finanziell oder durch Mitarbeit des Fachbereichs Grünflächen unterstützt werden. Wohnortnahe kleine Skateranlagen (wie in Isselhorst) und Bolzplätze für ältere Kinder und Jugendliche bieten ideale Voraussetzungen, die Spielplätze für Kleinkinder zu entlasten und mehr Freiraum für die Jüngeren zu gewährleisten. Wegstrecken für Inlineskater und Laufstrecken würden die Freizeitmöglichkeiten im direkten Wohnumfeld erhöhen.

Trotz aller positiven Bekundungen konnte sich die politische Mehrheit bisher immer noch nicht dazu durchringen, der Errichtung einer Eislaufhalle zuzustimmen. Die **BfGT** sucht weiterhin nach Projektentwicklern und Investoren, um den Wunsch vieler Gütersloher\*innen endlich erfüllen zu können.

Die Kirmes darf weder verkleinert noch in die Innenstadt verlagert werden. Die **BfGT** wird sich wie bisher intensiv für die Kompensation der verlorenen Marktplatzflächen durch den geplanten Feuerwehrneubau einsetzen, in dem die Bismarckstraße sowie Teile der Friedrich-Ebert-Straße als Ersatzflächen zur Verfügung gestellt werden.

## **FRIEDWALD in der Stadt der Bürger\*innen**

Wir setzen uns dafür ein, auf dem Johannesfriedhof einen Friedwald auszuweisen. Jeder von uns muss sich irgendwann mit dem Tod und Bestattung auseinandersetzen. Die gesellschaftlichen Lebensumstände haben sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Auch in der Bestattungskultur hat sich ein Wandel vollzogen. Steigende Friedhofsgebühren einerseits und eine sich wandelnde Bestattungskultur, fördern alternative Bestattungsmöglichkeiten wie Urnenbeisetzung, Aschestreifelder etc. Ein FriedWald ist ein naturbelassenes Stück Wald, in dem die Menschen ihre Asche am Fuß eines Baumes beisetzen lassen können. Es handelt sich also um eine Ruhestätte mit einer individuellen, naturnahen Art von Bestattung. Nach Angaben der Friedhofsverwaltung der evangelischen Kirche sind z. B. auf dem Johannesfriedhof nur 25% des 8 ha großen Geländes mit Gräbern belegt. Der Rest sind zu pflegende Natur- und Waldfläche.

## **GEWERBEGEBIETE in der Stadt der Bürger\*innen**

Das Gewerbeflächenkonzept der Stadt Gütersloh ist mit dem Ziel einer möglichst geringen Flächeninanspruchnahme, dem größtmöglichen Erhalt von Frei- und Erholungsflächen sowie insgesamt ressourcenschonend umzusetzen.



Die **BfGT** setzt sich dafür ein, dass bereits ausgewiesene Flächen überprüft und verdichtet werden müssen. Ebenso sind die vorhandenen Industriebrachen zu untersuchen und auf Weiternutzung zu überprüfen. Die Überlegungen für interkommunale Gewerbegebiete sind weiter zu verfolgen.

## **GUTACHTEN für die Stadt der Bürger\*innen**

Die **BfGT** sieht ihre Aufgabe darin, Politik und Verwaltung regelmäßig daran zu erinnern, den Ergebnissen aus diesen Berichten auch Taten folgen zu lassen. Erhebungen, Berichte und Gutachten ergeben durchaus Sinn. Sie präsentieren Meinungen von Expert\*innen und umfangreiches Datenmaterial und helfen, Betriebsblindheit bei Verwaltung und Politik zu überwinden. Allerdings müssen diese Ergebnisse genau studiert und in entsprechende Maßnahmen umgesetzt werden.

Bei der Vergabe von Gutachten wird im Vorfeld nicht an die Meinungen und Fähigkeiten der Bürger\*innen gedacht. Die Akzeptanz von Gutachten, meist von Nichtortsansässigen durchgeführt, bleibt oft sehr gering. Bevor Gutachten an Büros außerhalb unserer Stadt vergeben und Ergebnisse für teures Geld eingekauft werden, die manchmal weder den örtlichen Gegebenheiten noch der Realität entsprechen (z. B. Büroflächenanalyse), ist zu prüfen, ob nicht auch Verbände, Institutionen oder freie Architekten und Ingenieure vor Ort die Aufgaben übernehmen können.

Vor einer Vergabe wird die **BfGT** weiterhin beantragen, inwieweit Bürger\*innen schon vorher in die Untersuchungen integriert werden können. Erfahrungen mit Bürgergutachten zeigen, wie sachlich wertvoll, praxisnah und ergebnisreich gearbeitet wurde. Die Kostenersparnis ist ebenfalls ein wesentliches Argument. Ein nicht angenommenes Angebot zur Mitarbeit durch die Bürger\*innen könnte später immer noch zu einer Vergabe einer externen Expertise führen.

## **HOCHSCHULSTANDORT in der Stadt der Bürger\*innen**

Seit 2010 ist Gütersloh Hochschulstandort. In einer Gesellschaft, in der akademische Bildung zunehmend zum Normalfall wird, ist es für Gütersloh richtig und wichtig, sich als Hochschulstandort zu positionieren.

Dies ergibt allerdings nur dann Sinn, wenn das Angebot der FH Bielefeld in Gütersloh dauerhaft aufrechterhalten wird. Den geplanten Umzug der Fachhochschule in die Nähe der Innenstadt und die Ausweitung des Studienangebots unterstützen wir deshalb ausdrücklich. Sollte sich die Hochschulleitung für einen Standort auf dem Gelände der Mansergh Barracks entscheiden, fordern wir jedoch eine mit sehr kurzen Taktungen versehene Busverbindung (Shuttle) zwischen dem Gelände und der Innenstadt. Außerdem regen wir an, auf dem Campusgelände Studentenwohnheime zu errichten, damit wohnungsuchende Studierende die Wohnungssituation in Gütersloh nicht noch mehr verschärfen.



Der Campus-Charakter würde die Chance komplementärer Ansiedlung z.B. von studentisch orientierter Gastronomie oder Kulturorten. Letztlich kann daraus eine Bereicherung für die Gütersloher Jugend insgesamt resultieren.

Die Stadtverwaltung sollte in engem Austausch mit der Standortleitung der Hochschule und der Leitung der FH Bielefeld die strategische Entwicklung der Hochschule mitgestalten. Dabei ist besonders auf eine Verbindung zwischen den Studienangeboten und der lokalen Wirtschaft zu achten. Insbesondere das duale Studium ist geeignet, eine Verzahnung zwischen akademischer Bildung und beruflicher Praxis zu schaffen.

Die **BfGT** wird sich dafür einsetzen, ein Studienangebot in Gütersloh zu formen, das auf einer soliden und dauerhaften Finanzierung aufbaut. Dabei können Beiträge der Unternehmen im Rahmen des dualen Studiums eine wichtige Rolle spielen, aber auch der Ausbau eines entgeltpflichtigen Angebots in der akademischen Weiterbildung, ausgerichtet auf die lokalen Bedürfnisse.

### **INNENSTADT - ZENTRUM in der Stadt der Bürger\*innen**

Unsere Innenstadt muss für alle Einwohner\*innen und Auswärtigen attraktiver werden.

Durch die Vereinfachung von Genehmigungen und weniger Auflagen für die Außen-gastronomie müssen mehr Anreize für weitere Betriebe geschaffen werden. In Corona-Zeiten ist mehr Flexibilität bei den Außenflächen möglich, daraus sollten wir für die Zukunft lernen.

Unsere großflächigen Plätze sollten in kleinere Einheiten verwandelbar sein, z.B. durch bewegliche Pflanzkübel und künstlerisch gestaltete Windschutz-/Trennwände. Hier können auch die heimischen Künstler mit eingebunden werden. Wer dies aus „städtebaulicher Sicht“ verhindern möchte und dadurch Gastronomen die Ausweitung ihres Angebotes erschwert, handelt gegen den Leitsatz, unsere Innenstadt attraktiver zu gestalten und lebendiger werden zu lassen.

Die von der **BfGT** initiierte „Öffnung der Blessenstätte“ ist ein voller Erfolg. Die Verkehrsmessungen der Verwaltung haben eine „unerhebliche Mehrbelastung“ der Kirchstraße ergeben. Der Kreuzungsbereich vor der Stadtbibliothek ist groß genug, dass ein Kreisverkehr errichtet werden kann. Kreisel sind prinzipiell einer Ampelkreuzung vorzuziehen: Studien haben ergeben, dass Kreisel weniger lärm- und Umwelt belastend als Ampelkreuzungen sind. Der Kreuzungsbereich Unter den Ulmen ist einzubeziehen. Leider gibt es seit Jahren für diesen Vorschlag keine politischen Mehrheiten.

Die Anbindung des Bahnhofes (Willy-Brandt-Platz), der Post über die Strengerstr. in Verbindung mit dem Konrad-Adenauer-Platz an die Innenstadt (Fußgängerzone) ist zu verbessern. Entsprechende Anträge der **BfGT** sind bisher von der politischen Mehrheit abgelehnt worden.

Die Fußgängerzone soll auch Fußgängerzone bleiben und für Fahrräder während der Geschäftszeiten definitiv gesperrt werden.



Es rächt sich jetzt, dass die Innenstadt Jahrzehnte lang nur nach dem Prinzip der Mietenmaximierung bewirtschaftet wurden. Die Erdgeschosse der City-Häuser gleichen ja inzwischen einem mittelmäßigen Shoppingcenter: Alles ist gleichförmig, überall das selbe Angebot. Ja: Warum sollen denn die Menschen da noch hingehen? Händler, die die Wertschöpfung leisten, und Eigentümer, die davon eine Rente beziehen, müssen sich sehr ernst unterhalten und sich klarmachen: Wenn wir jetzt nichts tun, ist die Party bald ganz vorbei. Die Einbrüche durch Corona sind für viele Betriebe lebensgefährlich. Die **BfGT** glaubt nicht, dass so schnell etwas Neues entsteht. Es braucht Jahre, neue Geschäftskonzepte zu konsolidieren. Und wenn die Geschäftsstraßen erst mal sichtbar bröckeln, ist es wahnsinnig schwer, sie neu zu beleben. Wir brauchen jetzt einen organisierten Übergang von einer alten Innenstadt in eine neue. Ideen wie wir das Zentrum beleben: Wie gehen wir mit weniger Flächen um, wie kann die Innenstadt wieder einzigartig werden und nicht uniform bleiben?

Bislang gibt es ja meist noch gar keine richtige Zusammenarbeit. Die Akteure der Innenstadt sind extrem fragmentiert. Das ist das zentrale Problem: Alle sitzen in einem Boot, das Innenstadt heißt. Aber sie kennen sich oft gar nicht, und jeder rudert für sich. Wie soll da koordiniertes Handeln entstehen? Wir benötigen einen vernünftigen Nutzungsmix, unterschiedliche Mieten. Es bräuhete eigentlich einen Innenstadtmanger, der die City verwaltet wie eine Mall. Mit einigen Mietern, die viel und anderen, die wenig zahlen können, mit dem Juwelier genauso wie mit dem Blumenladen und der Eisdieler. Wir brauchen auch wieder Kultur, Bildung, Wohnen und Arbeiten im Zentrum. Dieser Dialog der City-Akteure fehlt weitgehend. Er entsteht nicht von allein, schon gar nicht in der Krise. Er kann und muss aus dem Rathaus angestoßen und moderiert werden. Der reine Markt wird das Problem jedenfalls nicht lösen, das wäre der Niedergang des Zentrums.

1. Immobilienbesitzer sind vorrangig daran interessiert, dass die Miete kommt und nicht, wer dort einzieht. Deshalb muss es Aufgabe der städtischen Wirtschaftsförderung werden, ein Steuerungsmanagement aufzubauen. Vermieter müssen über eine zentrale Stelle erfahren, welche Geschäftsidee in der Gütersloher Innenstadt passen würde. Wenn es uns gelingt, Angebot und Nachfrage zu steuern, werden sich neben Handyläden auch wieder andere Geschäfte ansiedeln. Voraussetzung dafür ist aber genauso, dass wir ein ansprechendes Umfeld schaffen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir daran arbeiten, unsere Innenstadt attraktiver zu machen und zum Beispiel nicht noch auf einem Straßenpflaster aus den siebziger Jahren laufen.
2. Von den Bürgern wird immer wieder der Wunsch geäußert, das Gebäude des alten Amtsgerichtes für eine gastronomische Nutzung, ein Café, umzunutzen. Hier sollte die Stadt zügig die Umbauarbeiten beginnen, um dies zu realisieren. ( Verlegung des zentralen Innenstadtrafos ins Dachgeschoss des Gebäudes, der Einbau eines Aufzuges und eine energetische Optimierung ) Das wäre eine lohnende Investition in die Zukunft und würde zu der immer wieder geforderten höheren Aufenthaltsqualität auf dem Berliner Platz und somit in der Innenstadt führen. ( Prüfung Fördergelder des Landes )



Die Sogkraft der Einkaufs-Innenstadt ist durch Ansiedlung von zentrenrelevanten Betrieben mit einer Verkaufsfläche von größer als 400 qm zu steigern. Hierfür sollte hinsichtlich der Bestandsstrukturen überprüft werden, ob Flächenzusammenlegungen der Ladenlokale möglich sind (bzw. Vertiefung der Ladenlokale) So könnte man die Möglichkeit schaffen, vor allem für die jüngere Zielgruppe, Konzepte nach Gütersloh zu bekommen.

3. Stärkung und Ausbau des sehr beliebten Marktes auf dem Berliner Platz durch Ansiedlung von qualitativ hochwertigen Angeboten, die im Moment noch nicht vorhanden sind. ( z.B. Nudeln, Tee-Kräuter und Gewürze, Süßwaren- Nüsse-Trockenfrüchte-Lakritze, Saftladen, Reibekuchen ( Beispiel Münsteraner Markt )
4. Für die vorrangigen beschlossenen Investitionen in die Innenstadt aus dem „Einzelhandels- und Zentrenkonzept – Perspektiven der Einzelhandelsentwicklung in der Stadt Gütersloh“ und des Masterplanes, die förderungswürdig sind, Förderanträge im Rahmen des Städtebauförderprogrammes NRW „Lebendige Zentren“ zu stellen. So könnten Zuschüsse des Landes in Höhe von bis zu 80 % generiert werden. Antragsschluss dafür ist der 30. September 2020.
5. Für die vorrangigen beschlossenen Investitionen in die Innenstadt aus dem „Einzelhandels- und Zentrenkonzept – Perspektiven der Einzelhandelsentwicklung in der Stadt Gütersloh“ und des Masterplanes, die förderungswürdig sind, Förderanträge im Rahmen des Städtebauförderprogrammes NRW „Lebendige Zentren“ zu stellen. So könnten Zuschüsse des Landes in Höhe von bis zu 80 % generiert werden. Antragsschluss dafür ist der 30. September 2020.

## **INKLUSION in der Stadt der Bürger\*innen**

In der UN-Behindertenrechtskonvention, die seit 2009 auch in Deutschland gilt, steht, dass jeder Mensch das Recht hat, sich vollständig und gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen. In der Praxis, z.B. in Schulen, schreitet Inklusion nur langsam voran. Insbesondere in Schulen fehlt es an Fachpersonal, Differenzierungsräumen und notwendigem Arbeitsmaterial.

Die **BfGT** fordert, die Bedarfe im Rahmen des Schulentwicklungsplans laufend zu erheben und schnellstmöglich zu decken.

## **INSTANDHALTUNG öffentlicher Straßen in der Stadt der Bürger\*innen**

Parallel zur Bauunterhaltung werden seit Jahren auch die Mittel für die Instandhaltung und den Ausbau der Straßen in unserer Stadt gekürzt.



Manche Straßen befinden sich in einem katastrophalen Zustand, so dass teilweise die Verkehrssicherheit angezweifelt werden muss. Das Budget muss aufgestockt, mindestens jedoch auf dem gleichen Level gehalten werden, um den Verfall nicht weiter zu beschleunigen.

In diesem Zusammenhang fordert die **BfGT** die Verbesserung des Bauablaufs, um z.B. unkoordiniertes, unnötiges Aufreißen von Straßendecken zu vermeiden. Das für die Bürger\*innen nicht sichtbare Kanalnetz muss ebenfalls in eine koordinierte Bauablaufplanung einbezogen werden.

Dabei sieht es die **BfGT** außerdem als unerlässlich an, dass beim Ausbau von Straßen die Vorschläge und Wünsche der dort wohnenden Bürger\*innen berücksichtigt werden, da die Kosten für einen Ausbau in der Regel auf die Anlieger umgelegt werden. Es ist davon auszugehen, dass in einigen Fällen dann die „Bürger-Minimalvorschläge“ einer „Verwaltungs-Luxuslösung“ vorgezogen werden. Eine frühzeitige Information der direkt betroffenen Anlieger ist unabdingbar.

### **INTEGRATION in der Stadt der Bürger\*innen**

Seit dem Jahr 2015 ist die Anzahl der Geflüchteten in Gütersloh gestiegen. Höchstes Ziel muss es sein, sogenannte Parallel-Gesellschaften zu vermeiden. Dies erreicht man durch konsequente Integration. Wir fordern allerdings auch von den Geflüchteten den Willen zur Integration ein.

### **INVESTITIONEN in der Stadt der Bürger\*innen**

Städtische Investitionen sind Voraussetzungen für die Konjunkturbelebung und vorrangig an Handwerker und Unternehmen in unserer Stadt zu vergeben soweit das EU-Recht es zulässt. (Siehe Auftragsvergaben)

Private Investoren sind nicht mit bürokratischen Auflagen und langwierigen Genehmigungsverfahren abzuschrecken, sondern durch vereinfachte und beschleunigte Verfahren zu unterstützen. Die Stadt muss über Hoheitsrechte wie z. B. Kaufoptionen von Grundstücken, Planungsrecht etc. schnell und flexibel entscheiden, um die Investoren durch lange Warte- und Bearbeitungszeiten nicht zu verunsichern und von ihrem Vorhaben abzubringen.

### **JUGENDLICHE in der Stadt der Bürger\*innen**

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Wir brauchen die Phantasie der Kinder und Jugendlichen sowie ihr Engagement. Nur wer rechtzeitig an Planungen beteiligt und eingebunden wird, übernimmt später auch Verantwortung.

Der **BfGT** -Antrag zur Einrichtung von regelmäßigen Fragestunden für Kinder und Jugendliche stand am Anfang zur Einführung eines Jugendparlamentes in unserer Stadt.



Auf fast jeder Sitzung waren Vertreter\*innen der **BfGT** präsent, um sich direkt und intensiv mit den Interessen der Jugendlichen zu beschäftigen, Themen aufzugreifen und Vorhaben zu unterstützen.

Wir werden uns auch weiterhin im gemeinsamen Dialog für die Belange der Jugendlichen einsetzen, für einen stimmberechtigten Sitz im Jugendhilfeausschuss plädieren und ihre Interessen im Rat und in den Ausschüssen unterstützen.

Ein wesentliches Ziel der **BfGT** ist es, dass junge Gütersloher\*innen vermehrt in unserer Stadt Beschäftigung finden. Es darf in Gütersloh keinen Jugendlichen mehr geben, der keinen Schulabschluss schafft, und allen arbeitswilligen jungen Menschen muss ein Ausbildungsplatz zur Verfügung gestellt werden. Das Projekt der Gütersloher „Gütersloher Ausbildungsperspektive“ ist ein Schritt in die richtige Richtung: Die Stadt Gütersloh möchte sicherstellen, dass Jugendliche eine berufliche Perspektive erhalten und gut qualifiziert ins Arbeitsleben starten. Gleichzeitig wird den heimischen Betrieben eine passgenaue Ausbildungsvermittlung angeboten, um Kosten bei der Personalrekrutierung einzusparen.

Die **BfGT** sieht den engen Zusammenhang zwischen Bildung, Ausbildung und Erwerbstätigkeit. Jugend hat besondere Bedürfnisse. Neben Erziehung, Bildung und Familie gibt es für Jugendliche noch völlig andere Prioritäten. Auch in unserer Stadt sollte die Jugend die Möglichkeit haben, sich frei zu entfalten. Die Jugendlichen Güterslohs sind als natürlicher Teil einer pulsierenden Stadtkultur wahrzunehmen, die nicht schweigen, sondern im Gegenteil ihre Meinungen und Anliegen intensiv vortragen soll.

Dies betrifft vor allem die Belange der Jugendkultur. Die **BfGT** setzt sich dafür ein, dass Zuschüsse an Vereine, Jugendhilfeeinrichtungen und Einrichtungen der Jugendkultur nicht mehr als „freiwillige Leistungen“ zu sehen sind und somit im Rahmen von Haushaltsberatungen nicht mehr von Streichungen und Kürzungen bedroht sind. Die Förderung der Jugend gehört zu den Grundaufgaben unserer Stadt und darf somit nicht immer wieder den Sparzwängen politischer Mehrheiten unterliegen. Die Öffnungszeiten von Park- und Wapelbad sind den allgemeinen Veranstaltungen anzupassen. Die jeweils von bis zu 4.000 Jugendlichen besuchten Wapelbeats dürfen genauso wie die Reggae-Nights im Parkbad nicht den Beschwerden und Interessen Einzelner zum Opfer fallen. Hier gilt das Allgemeinwohl vor den Interessen einzelner Anwohner.

## **JUGENDAMTSELTERNRAT in der Stadt der Bürger\*innen**

Mitbestimmung muss es auch für Eltern geben. Eltern sollen intensiv und frühzeitig an Entscheidungen wesentlicher Angelegenheiten der Kitas beteiligt werden. Aus diesem Grund haben die **BfGT** bereits bei den Haushaltsberatungen 2010 im Jugendhilfeausschuss beantragt, dass die Verwaltung die Gründung eines Gesamtelternrates aller Kitas unterstützt. Mit dem Änderungsgesetz des KiBiz wurde die Elternmitwirkung in Kitas erweitert und 2011 wurde erstmalig mit dem Jugendamtselfternbeirat ein Zusammenschluss von Elternvertretern der Kitas in der Stadt Gütersloh gewählt. Eine direkte Mitwirkung im zuständigen Jugendhilfeausschuss ist das Ziel in der neuen Ratsperiode.

**BfGT Bürger für Gütersloh e. V. - Wir Bürger werden mitbestimmen!**





## **KITAS in der Stadt der Bürger\*innen**

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat heute einen großen Stellenwert in unserer Gesellschaft. Die Nachfrage nach Betreuungsangeboten für unter dreijährige Kinder steigt stetig. Dabei darf das Angebot für über Dreijährige nicht vernachlässigt werden. Die **BfGT** fordert, das stark nachgefragte Angebot der 35- und 45-Stunden-Betreuung über Mittag auszubauen, um zu vermeiden, dass der KITA-Platz am anderen Ende der Stadt liegt. Ob es dauerhaft nach Corona Veränderungen in der Nachfrage gibt, muss kontinuierlich beobachtet werden.

Freie Träger sind einer städtischen Trägerschaft vorzuziehen (Trägervielfalt), mit dem Ziel ein breiteres und auch flexibleres Angebot zu erhalten.

## **KLIMASCHUTZ – ERNEUERBARE ENERGIEN in der Stadt der Bürger\*innen**

Die verstärkte Nutzung von regenerativen Energien, Energiesparmaßnahmen und Minderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes muss eine Daueraufgabe in unserer Stadt werden.

Wir müssen gemeinsam daran arbeiten den „Europäischen Grünen Deal“ (CO<sub>2</sub>-Reduzierung) auf Gütersloh „runter zu brechen“ und den Strukturwandel sinnvoll unterstützen. Dabei dürfen wir uns jedoch nicht durch Lobbyisten verleiten lassen, branchenspezifische Maßnahmen zu ergreifen, um bestehende Strukturen zu verfestigen, ohne dass eine konjunkturelle Wirkung erzielt werden kann.

Die Nutzung der erneuerbaren Energien ist weiter auszubauen. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der verstärkten Nutzung der Sonnenenergie sowie der Bioenergie mit Schwerkraft Windkraft zu, wobei Windanlagen nicht in der Nähe von Wohngebäuden aufgestellt werden, da dies die Wohnqualität und Werthaltigkeit der Gebäude mindert.

In neuen Wohn- und Gewerbegebieten sind die Möglichkeiten zur ökonomisch und ökologisch sinnvollen Regenwassernutzung unter Berücksichtigung und Förderung von Solaranlagen zur Brauchwassererwärmung zu prüfen. Soweit möglich sollten Solaranlagen zur Brauchwassererwärmung auf städtischen Gebäuden installiert und die Nutzung von Photovoltaikanlagen oder vergleichbaren Systemen zur Energieerzeugung im Zuge städtischer Neubaumaßnahmen geprüft werden.

Eine Prüfung zur Umstellung des städtischen Fuhrparks auf Erdgasautos ist in die Maßnahmen einzubeziehen.

Blockheizkraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung arbeiteten energiesparend und erreichen durch Nutzung der Abwärme einen höheren Wirkungsgrad.

Zur nachträglichen Wärmedämmung des Altbaubestandes ist die weitere Aufstockung von kommunalen Förderprogrammen unerlässlich.



## **KONVERSION in der Stadt der Bürger\*innen**

Die **BfGT** steht für eine sinnvolle und nachhaltige Nachnutzung der abgängigen Militärflächen und Immobilien im Interesse der Gütersloher Bürger und zum Nutzen des Wirtschaftsstandorts Gütersloh und seiner Unternehmen. Ebenso sehen wir die Chance für eine bürgernahe und "erschwingliche" Nachnutzung der Wohnimmobilien, für zu erhaltende/erweiternde Naturräume, entstehenden Raum für Erholung und Freizeit, sowie regenerative Energien. Der Kauf von Immobilien durch einen Großinvestor wäre das Gegenteil einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

Bei den Wohnungen ist eine Bewertung des vorhandenen Bestands dringend erforderlich. Freiwerdende Räume ermöglichen städtebauliche Leuchtturmprojekte, wie beispielsweise Wohnparks mit Betreuungseinrichtungen, in denen alte und junge Menschen zusammenleben und individuelle Lebens- und Betreuungskonzepte fürs Alter möglich werden.

Die weitere Nutzung muss ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen gewerblicher Nutzung und Natur bzw. Naherholungsfläche werden. Bürgerinteressen dürfen dabei nicht den kommerziellen Interessen unterliegen. Eine ausschließliche Ausweisung der Militärflächen als Industrie und Gewerbeflächen gilt es zu vermeiden. Warum nicht an einen Kletter- und Landschaftspark oder einen Beobachtungsposten für das Vogelschutzgebiet denken? Warum nicht Räumlichkeiten für junge Unternehmensgründer vorhalten?

Die **BfGT** wird im weiteren Prozess die beschriebene Ausgewogenheit der Nutzung einfordern und innovative Nutzungsformen, mit denen sich Gütersloh profilieren kann, fördern.

## **KREISVERKEHRE in der Stadt der Bürger\*innen**

Kreisel sind prinzipiell einer Ampelkreuzung vorzuziehen: Studien haben ergeben, dass Kreisel weniger lärm- und umweltbelastend als Ampelkreuzungen sind. Die von der **BfGT** initiierte Öffnung der Blessenstätte war und ist ein voller Erfolg. Der Kreuzungsbereich vor der Stadtbibliothek ist groß genug, dass ein Kreisverkehr errichtet werden kann. Die **BfGT** wird sich weiterhin für einen Kreisverkehr an dieser Stelle einsetzen. Die **BfGT** fordert, dass der Kreuzungsbereich Unter den Ulmen in die Planungen einzubeziehen ist.

## **KULTUR in der Stadt der Bürger\*innen**

Kultur gehört zum Leben. Auch in unserer Stadt. Doch muss Kultur erschwinglich sein und darf nicht allein als Privileg für Besserverdienende dienen. Kultur soll Menschen aller Nationen und Gesellschaftsschichten zusammenbringen und niemanden außen vor lassen.



Kulturschaffende gehören zu den Personen, die von der Corona-Krise am schlimmsten betroffen und in ihrer Existenz gefährdet sind. Ihnen muss ein besonderes Augenmerk der Politik gelten, sonst droht unserer Stadt die kulturelle Verarmung.

Kultur darf sich nicht allein in den städtischen Kulturräumen darstellen und erst Recht nicht allein unter der Regie der Verwaltung. Neben der „Hochkultur“ muss die „Subkultur“ der alternativen Kunst- und Kulturszene in unserer Stadt unterstützt und gefördert werden.

Aktivitäten der freien Kunstszene müssen gefördert werden. Für eine Erstaussstattung des Fonds sollen mindestens 10 Prozent der jährlichen Mittel des Stadtmarketings verwendet werden. Diese Mittel sind kurzfristig verfügbar, weil aufgrund der Corona-Krise das Stadtmarketing seine geplanten Aktivitäten nicht vollständig durchführen konnte.

Um „Kultur für Alle“ zu gewährleisten, müssen die Kulturwünsche der Bürger\*innen intensiver berücksichtigt und dürfen nicht ignoriert werden. Das Theaterprogramm muss vielseitiger und abwechslungsreicher und den vielfältigen Interessen der Gütersloher Bürger\*innen besser angepasst werden.

Eine Förderung frühkindlicher musischer Begabung wird ebenso angestrebt wie eine gerechte Verteilung der Fördermittel für Musikschulen. Die **BfGT** denkt hier an die Unterstützung der privaten Anbieter, die bisher ohne Zuschüsse ihren Beitrag zum Kulturleben in unserer Stadt leisten.

Kultur muss stärker zu den Menschen kommen und nicht umgekehrt, wie es in unserer Stadt häufig geschieht. Den kulturellen Angeboten in den Ortsteilen, wie sie vielfältig bereits von Initiativen und Vereinen angeboten werden, soll dabei eine besondere Bedeutung zukommen.

Auch neuen kulturellen Initiativen muss grundsätzlich die Möglichkeit einer städtischen Förderung offenstehen.

Weiterhin setzt sich die **BfGT** für die Einrichtung von kulturellen Frei- und Betätigungsräumen für Jugendliche sowie der Unterstützung der unabhängigen Szenekultur ein

## **KULTURFONDS in der Stadt der Bürger\*innen**

Die **BfGT** wünscht sich neben der städtischen Kultur eine starke freie Kulturszene. Freie Kulturschaffende in unserer Stadt benötigen nicht nur in Corona-Zeiten (aber da besonders) dringend unsere Unterstützung, sei es mit kostenfreien Übungs- und Ausstellungsräumen in z.B. Schulen oder finanziellen Mitteln. Das Ziel der **BfGT** ist es, einen Kulturfonds für die freie Kultur- und Veranstaltungsszene aufzulegen, aus dem freie Kulturschaffende unterstützt werden können.



## **KULTURPROGRAMM in der Stadt der Bürger\*innen**

Ein großes Anliegen der **BfGT** war und ist es weiterhin, das Kulturprogramm unserer Stadt offener zu gestalten.

Die **BfGT** setzt sich auch in Zukunft dafür ein, subventionsfreie Bühnen einzuladen, die mit wenig Mitteln nicht nur in den Kulturräumen, sondern auch an verschiedensten anderen Orten auftreten können.

Alternative Theater- und Kulturprojekte wie z. B. in der Weberei, der Kulturgemeinschaft Dreiecksplatz, das Open-Air „Wiesenrock“, die Kurzfilmtage im Bambi, des Literaturvereins oder auch des Forums Russische Kultur sollten unterstützt und gefördert werden.

Die **BfGT** wird sich auch in Zukunft für diese alternativen Möglichkeiten engagieren und sich für die kulturelle Zusammenarbeit der entsprechenden Interessengruppen einsetzen. Private Theatergruppen sollten Gelegenheit bekommen, die Theaterräume zu vergünstigten Mietkosten zu nutzen.

Wir setzen uns weiterhin für den intensiven Ausbau der Kinder- und Jugendreihen und die (auch finanzielle) Unterstützung der Schultheatergruppen ein.

Die **BfGT** unterstützt, dass das Gütersloher Kulturprogramm durch die Einbeziehung der in unserer Stadt wirkenden ausländischen Kulturvereine eine größere und bereichernde multikulturelle Vielfalt erfährt.

- **Jugendkulturring**

Die **BfGT** hält das Wiederaufleben des Jugendkulturrings dann für sinnvoll, wenn sich engagierte junge Menschen finden, die ein überzeugendes schlüssiges Konzept für dessen Tragfähigkeit vorlegen können. Diese würde die **BfGT** unterstützen.

## **KULTURVIELFALT in der Stadt der Bürger\*innen**

Kulturvielfalt statt Kultureinfalt war immer ein besonderes Anliegen der **BfGT** für unsere Stadt. Die **BfGT** wollte immer lieber viele kleine Kulturstätten statt einer einzigen Theaterspielstätte, die so viel Geld verschlingt, dass für das Gütersloher Kammerorchester, den Kunstverein, die Stadtbücherei, das Stadtmuseum, die „langenachtderkunst“ usw. immer weniger übrig bleibt. Das darf nicht sein!

Ein besonderes Anliegen der **BfGT** ist es außerdem, Bürgerengagement mit Idealismus zu fördern. Die Einbindung heimischer Künstler (Bildhauer, Maler, Musiker, Theatergruppen etc.) muss weiter ausgebaut werden. Wenn Bürger\*innen beispielsweise kreative Ideen für ein Museum auf dem Flughafengelände entwickeln, wird ihr Engagement von der Stadt im Keim erstickt, statt sie zu ermuntern und Eigeninitiative zu honorieren.



Die Einrichtung eines „runden Kulturtisches“, an dem sich Gütersloher Kulturschaffende mit Verwaltung und Politik treffen und sich austauschen, ist ein großes Anliegen für die nächste Ratsperiode.

### **ÖPNV in der Stadt der Bürger\*innen**

Die **BfGT** arbeitet intensiv am Konzept zur Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) mit. Vermehrte ÖPNV-Nutzung ist ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz. Es gilt, die Attraktivität des Busfahrens durch die Optimierung des Netzes zu verbessern und die Taktzeiten im Rahmen des Möglichen zu verkürzen. In Gütersloh fahren die Busse sternförmig zum ZOB, die **BfGT** setzt sich für eine zusätzliche Ringverbindung zwischen den Stadtteilen ein. Wichtig ist zudem die Ausdehnung der Fahrzeiten in den Abendstunden. Der Öffentliche Nahverkehr sollte sich auch an den Bedürfnissen der Senioren ausrichten und den Seniorenbeirat an der Überarbeitung der Fahrpläne beteiligen. Auch Initiativgruppen vor Ort, die sich mit konstruktiven Vorschlägen beteiligen möchten, sind nicht abzublocken, sondern in die Erörterungen einzubeziehen.

Die **BfGT** konnte sich mit der Forderung nach kostenfreier Nutzung von Bussen im ÖPNV-Netz der Stadtwerke nicht durchsetzen. Andere Städte wie Monheim machen jetzt vor, dass es doch geht. Die **BfGT** wird das kostenfreie Fahren oder die Einführung des Ein-Euro-Tickets in der neuen Legislaturperiode erneut auf die Tagesordnung setzen.

### **OPEN DATA in der Stadt der Bürger\*innen**

Die **BfGT** hält transparente Informationen für einen wichtigen Bestandteil einer lebendigen, offenen Demokratie. Ein großer Teil der Informationen, die im Rahmen der Aufgaben und Tätigkeiten der Stadtverwaltung entstehen, sind eigentlich öffentlich zugänglich bzw. nach dem Informationsfreiheitsgesetz für jede Person zugänglich zu halten.

Die bekannten Konzepte Open Data (Offene Daten) und Open Government (Offenes Regieren) zielen nicht nur auf die Transparenz von Daten und Verwaltungshandeln, sondern ermöglichen neben der Information die aktive Beteiligung und Mitwirkung der Bürger\*innen. Erfahrungen anderer Kommunen zeigen, dass Mehrkosten für die Schaffung und Anwendung von Open Data lediglich in geringem Maße entstehen.

In diesem Sinne fordert die **BfGT** transparentes Verwaltungshandeln, so dass in unserer Stadt Anträge und Debatten um Veröffentlichung von Gutachten, Informationen, Daten, Statistiken usw. überflüssig werden.



## **ORTSTEILE in der Stadt der Bürger\*innen**

Das Leben findet nicht nur in der Innenstadt statt. Zuschüsse für die Arbeit in den Ortsteilen sind den Mitteln, die für Veranstaltungen und Aktionen in der Innenstadt zur Verfügung gestellt werden, anzupassen. Die Isselhorster Nacht, Gütersloh läuft, die Weihnachtsmärkte in Avenwedde, Kattenstroth, Pavenstädt und Spexard, das Wiesenrockfestival in Friedrichsdorf, Stadtteilstefte in Blankenhagen, Isselhorst, Kattenstroth und Sundern sind u. a. Veranstaltungen, die unsere Stadt mit Leben bereichern. Durch die Corona-Krise, in der all dies nicht möglich war, ist deutlich geworden, wie sehr wir diese Aktivitäten für den gesellschaftlichen Zusammenhalt brauchen. Dabei wird die **BfGT** weiterhin den Bürger\*innen bei ihren Ideen unterstützend zur Seite stehen und Hilfe bei der Umsetzung anbieten.

## **PLANUNG in der Stadt der Bürger\*innen**

Bevor neue Gebiete geplant und ausgewiesen werden, sind die vorhandenen Infrastrukturen und die Möglichkeiten von Nachverdichtungen zu überprüfen. Verkehrstechnische Voraussetzungen sind vorab zu untersuchen und die Kosten abzuwägen.

Aus „städtebaulichen Gründen“ werden Vorhaben und Veränderungen, die u. a. auch der Verkehrssicherheit dienen könnten, seitens der Verwaltung des Öfteren nicht genehmigt. Die **BfGT** werden sich dafür einsetzen, dass der Begriff „städtebauliche Gründe“ für unsere Stadt klar definiert wird und auf die Belange und Interessen der Bürger zugeschnitten wird.

Alt B-Pläne, die keine zeitgemäßen Festsetzungen haben, sind zu ändern oder – wo dies zu aufwändig ist, mit Befreiungen zu arbeiten.

Bestehende Siedlungsstrukturen sind beizubehalten und dürfen nicht durch mehrgeschossige Kastenbauten zerstört werden.

Seit Jahren fordert die **BfGT** eine verbindliche und vernünftige Satzung für Stellplätze im öffentlichen und privaten Raum.

## **SCHULBIBLIOTHEKEN in der Stadt der Bürger\*innen**

Schulbibliotheken sind im Alltag von weiterführenden Schulen nicht mehr wegzudenken. Sie stellen einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Chancengleichheit dar, verbessern die Voraussetzung für individualisiertes Lernen und unterstützen sowie bereichern den Unterricht. Die Kürzung der Zuschüsse durch die politische Mehrheit zwang die Schulleitungen dazu, eine Bibliothekarstelle über Elternbeiträge zu finanzieren. In den Grundschulen werden die Schulbibliotheken nur durch ehrenamtliches Engagement der Eltern überhaupt möglich, denn dort gibt es gar keine Zuschüsse.



Die **BfGT** fordert, keine weiteren Kürzungen im Bereich der Schulbibliotheken vorzunehmen. Zudem muss das ehrenamtliche Engagement der Eltern für die Schulbibliotheken besser gewürdigt werden.

## **SCHULEN in der Stadt der Bürger\*innen**

Grundlage für eine Verbesserung des örtlichen Bildungsangebotes sind entsprechende kontinuierliche Investitionen in einen angemessenen baulichen Standard und Ausstattungsstandard aller Schulen sowie moderne Unterrichtsmittel. Schulen sind aktuell in einer Umbruchphase. Die **BfGT** werden weiterhin darauf drängen, dass Schulen räumlich flexibel ausgestattet sein müssen, um den Anforderungen von Ganztags- und Inklusion zu entsprechen.

Die Selbstverwaltung der Gütersloher Schulen wird die **BfGT** im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben unterstützen und sich für den weiteren Ausbau einsetzen.

### • **OFFENE GANZTAGSGRUNDSCHULEN (OGS)**

Offene Ganztagsgrundschulen platzen heute an den meisten Standorten aus allen Nähten. Dass über 70 Prozent der Kinder einer Grundschule in der OGS ihren Tag verbringen ist keine Besonderheit mehr. Eine von der **BfGT** beantragte Bestandsanalyse durch die Verwaltung behauptete 2013, dass die räumliche Ausstattung fast aller Grundschulen ausreichend sei und aufgrund demographischer Entwicklungen auch in Zukunft ausreichend sein würde. Die **BfGT** zweifelte als einzige Fraktion (!) diese Bestandsanalyse damals an. Und wir behielten Recht!

### • **Schulbau**

Unsere beharrlichen Forderungen und die Einsicht der Verwaltung sowie der anderen Fraktionen führten uns schließlich zu unserem Ziel: Die Gütersloher Grundschulen sollen ausgebaut werden. Am 16.06.2020 wurde im gemeinsamen Ausschuss des AWIS und des Bildungsausschusses und schließlich auch im Rat wurde der Beschluss gefasst, mit der sogenannten modularen Holzbauweise bis Ende 2023 die akuten Raumbedarfe in den Gütersloher Grundschulen zu beseitigen. Es sollen bis dahin an allen Grundschulen sogenannte Satelliten gebaut werden. Dies ist ein Lichtblick für zumindest 15 Gütersloher Grundschulen! Gleichzeitig soll die Verwaltung jedoch machbare Alternativen für die Grundschulen Neißeweg und Heidewald bewerten.

Für die GS Neißeweg präferiert die **BfGT** einen Neubau in modulare Holzbauweise am aktuellen Standort. Die Grundschule Heidewald soll entsprechend der bereits abgeschlossenen Planung ausgebaut und erweitert werden.

Aber auch die weiterführenden Schulen haben Raumbedarfe. So fordert die Janusz-Korczak-Schule seit Jahren mehr Differenzierungs- und Oberstufenräume. Auch die Gymnasien benötigen zukünftig durch die Umstellung von G8 auf G9 Räume für einen weiteren Jahrgang. Die **BfGT** fordert, dass auch für die Erweiterung der weiterführenden Schulen die modulare Holzbauweise beschlossen wird.



- **Digitalisierung**

Digitalisierung in Schule wurde in den letzten Jahren aus den Reihen der Schulleitungen über die Politik vorangetrieben. Aus diesem Grund ist Gütersloh im Vergleich zu anderen Städten relativ weit. Ein großes Konzept zur Digitalisierung wurde im Frühjahr einstimmig beschlossen und kann zeitnah umgesetzt werden. Bald wird allen Schüler\*innen ab Jahrgangsstufe 7 ein iPad zur Verfügung stehen. Wichtig ist der **BfGT** jedoch, dass ein klar definiertes Sozialkonzept für die Beschaffung der Endgeräte erstellt wird. Es kann nicht sein, dass Schüler\*innen abgehängt werden, weil sich Familien kein iPad leisten können. Außerdem muss aus **BfGT**-Sicht sichergestellt werden, dass für alle Schüler\*innen zu Hause WLAN zur Verfügung steht, weil ansonsten ein eigenes iPad keinen Sinn ergibt. Es hat sich gezeigt, dass die Ausstattung mit iPads und WLAN auch Zeiten, in denen Lernen auf Distanz in den Vordergrund rückt, unausweichliche Faktoren sind.

- **RANDSTUNDENBETREUUNG**

Trotz steigender Nachfrage nach OGS-Betreuungsplätzen, besteht nach wie vor Nachfrage nach Randstundenbetreuung. Problem ist, dass die Randstunde von der Landespolitik nicht gewünscht und daher auch nicht gefördert wird. Der Bedarf lässt sich aber politisch nicht wegdefinieren – die Stadt Gütersloh muss hier gegen verfehlte Landespolitik gegensteuern. Die **BfGT** fordert, dass diese Nachfrage in Gütersloh weiterhin ernst genommen und befriedigt wird und dass die Schulstandorte weiterhin von Politik und Verwaltung bei ihrem Randstundenangebot unterstützt werden.

- **Schülerbeförderung per Bus**

Nach derzeitiger Gesetzeslage (§ 21 StVO Personenbeförderung) ist im öffentlichen Personennahverkehr niemand verpflichtet, für alle Fahrgäste einen Sitzplatz bereit zu stellen. Zwangsläufig ergeben sich dadurch für die Schülerinnen und Schüler im täglichen Ablauf haltlose Zustände: Es fehlen ausreichende Sitzplätze für alle Passagiere und Rückhaltesysteme werden gar nicht erst angeboten. Die Busse sind so überfüllt, dass Schüler nicht nur im Gang stehen, sondern auch die Ein- und Ausstiegsbereiche benutzen müssen. Die technische Ausrüstung der Busse bezieht sich auf erwachsene Personen, so dass Kinder die angebotenen Haltegriffe nicht erreichen können. Von dieser Situation ausgehend ergibt sich für alle ein hoher Stressfaktor.

Die mitfahrenden Schüler kämpfen schon an der Bushaltestelle um den besten Platz und Ältere attackieren die Jüngeren im Kampf um einen Sitzplatz. Alle haben Sorge, dass sie überhaupt mitgenommen werden und sie sich an ihrer jeweiligen Haltestelle bis zum Ausstieg "durchdrängeln" können. Der Fahrstress erzeugt Ängste, erhöht die Gewaltbereitschaft und wirkt sich im Kontext negativ auf die Leistungskurve aus.

Die Eltern sorgen sich zudem um die Sicherheit ihrer Kinder im täglichen "Nahkampf", im Falle einer Vollbremsung oder Ausweichmanövern im Falle eines Unfalls.





Die Busfahrer versuchen ihren Fahrplan (ÖPNV) einzuhalten. Sie befürchten, dass die Fahrsicherheit durch Einschränkung der Sicht und des Lärms im Businneren sehr stark beeinträchtigt wird und bestehende Sicherheitsbestimmungen nicht eingehalten werden können.

Die **BfGT** strebt eine Verbesserung des Schulbusangebotes an, um möglichst vielen Schülern auf dem Weg zur Schule und zurück nach Hause einen Sitzplatz zu ermöglichen.

### **SCHULDENSTAND in der Stadt der Bürger\*innen**

Unabhängig von den Corona bedingten Einbrüchen von über 50% bei der Gewerbesteuer würde sich der Schuldenstand 2023 auf ca. 250 Millionen erhöhen. Bei der Einbringung zum Haushalt bezifferte die Verwaltung diesen für Ende 2019 auf „nur“ 66 Millionen. Der Anstieg der Schulden zum Ende des Haushaltsjahres 2020 auf über 107 Millionen € fand durch den Bürgermeister leider keine Erwähnung. Ehrlich und transparent muss den Bürger\*innen erklärt werden, wie sich die Haushaltslage der Stadt in den nächsten Jahren entwickeln wird. Wir können nur hoffen, dass Bund und Land ihre Versprechen wahr machen und sich an den Ausfällen beteiligen.

Die Aufnahme neuer Schulden ist auch in Gütersloh aufgrund der Corona-Krise unvermeidbar. Das Ziel einer erheblichen Schuldentilgung erscheint in der kommenden Ratsperiode nicht realistisch.

Finanzielle Entscheidungen müssen in den nächsten Jahren einen Balanceakt schaffen: Es gilt zu sparen, aber gleichzeitig dürfen notwendige Investitionen (Beispiel Schulbau) nicht ausgebremst werden. Schuldenbegrenzung und Zukunftsinvestitionen sind beide im Interesse unserer Kinder und Enkel. Die **BfGT** werden sich bei jeder Entscheidung dafür einsetzen, diese Balance zu finden.

Die Verwaltung muss in ihrer inneren Organisation Effizienzpotenziale heben. Bürokratieabbau und Konzentration auf Kernaufgaben der Verwaltung erlauben ebenfalls Einsparungen.

### **SCHULSOZIALARBEIT in der Stadt der Bürger\*innen**

Die Förderung des Bundes für die Schulsozialarbeit in Grundschulen lief 2014 aus, obwohl der Erfolg der Schulsozialarbeiter erwiesen ist. Verwaltung und Stadtrat wollten deshalb die Schulsozialarbeit aufgeben. Die **BfGT** ließ nicht locker und forderte die Verwaltung auf, alternative städtische Finanzquellen für die Schulsozialarbeit zu suchen. Andere Fraktionen schlossen sich an, so dass inzwischen die Schulsozialarbeit an allen Grund- und weiterführenden Schulen gesichert und etabliert ist. Die **BfGT** wird sich weiterhin diese wichtige niedrigschwellige und präventive Maßnahme einsetzen und ihre dauerhafte Finanzierung einfordern.



## **SENIOR\*INNEN in der Stadt der Bürger\*innen**

Die meisten in unserer Stadt lebenden Senioren sind aktiv und wollen gemeinsam mit der jungen Generation die Herausforderungen der Zukunft meistern. Wissen, Erfahrung und Leistungsbereitschaft der Älteren sind unverzichtbare Ressourcen.

In vielen Ausschüssen bringt die Mitwirkung der Mitglieder des Seniorenbeirates wichtige Impulse für die Entwicklung unserer Stadt, die dringend ernst genommen werden müssen. Gerade auch hinsichtlich des demographischen Wandels müssen Senior\*innen als Expert\*innen gehört werden. Um die Einflussnahme der Senioren in einigen Ausschüssen noch zu verstärken, fordert die **BfGT** ein Stimmrecht für die Senioren in den für Senioren wichtigen Ausschüssen (z. B. Planungsausschuss, Sozialausschuss usw.).

Altersarmut wird in Zukunft noch mehr Senior\*innen treffen. Die Handlungsmöglichkeit zu ihrer Bekämpfung sind auf kommunaler Ebene begrenzt. Eine wirksame Maßnahme ist allerdings die Förderung des sozialen Wohnungsbaus.

Senioren möchten stadtnah wohnen, in größeren Wohnungen als sie bisher üblicherweise angeboten werden. Wichtige Voraussetzungen sind u. a. barrierefreies (nicht nur barrierearmes) Wohnen (z.B. Fahrstühle innerhalb des Hauses) und fachliche Beratung, (wo bekomme ich was, Umzugsorganisation, Reparatur- und Instandhaltungsangebote, etc.).

Der Öffentliche Nahverkehr sollte sich auch an den Bedürfnissen der Senioren ausrichten. Die **BfGT** wird sich weiterhin für eine Beteiligung des Seniorenbeirates an der Neukonzeption und Bedarfsplanung einsetzen. Die **BfGT** unterstützt in diesem Zusammenhang eine Idee aus der Bürgerschaft: Senioren ab 70, die sich im Straßenverkehr nicht mehr sicher fühlen und deshalb ihren Führerschein freiwillig abgeben, sollen kostenlos Bus fahren können. Senioren würden somit einen großen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz in unserer Stadt leisten. Die Parkraumsituation sowohl im innerstädtischen Bereich als auch in den Wohngebieten würde sich entspannen. Die **BfGT** fordern die Stadtwerke dazu auf, sich ggf. Partner zur Finanzierung dieses Projektes zu suchen.

Angebote zur Betreuung und Pflege sind qualitativ und quantitativ zu stärken, wobei der Vielfalt der Träger, die im Wettbewerb zueinander individualisierte, nachfrageorientierte Leistungen entwickeln, eine besondere Rolle zukommt. Deren Qualität und Kostenintensität dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren. Alternativen in Form stadteigener Alten- und Pflegeeinrichtungen sind jedoch dort sinnvoll, wo leistungsgerechte Angebote freier Träger fehlen.

Es sind innovative Wohnformen wie Wohngemeinschaften zu schaffen, die es den Senioren ermöglichen, auch noch im hohen Alter möglichst selbst bestimmend und zufrieden leben zu können. Mit so viel Freiheit wie möglich und so viel Hilfe wie nötig.



## **SICHERHEIT und ZIVILCOURAGE in der Stadt der Bürger\*innen**

In unserer Stadt sollen sich die Bürger\*innen sicher fühlen. Sicherheit in der Wohnung, im Wohnumfeld, auf den Straßen, an Haltestellen, auf Bahnhöfen, in Parks, auf dem Weg zur Schule und in den Kindergärten ist unerlässlich.

Nach Angaben der Polizei ist die Kriminalitätsrate in unserer Stadt als "normal" zu bezeichnen. Die Gütersloher Polizei leistet in der Bekämpfung der Kriminalität hervorragende Arbeit.

Diese Faktenlage ist nicht immer im Einklang mit dem „gefühlten“ Sicherheitsempfinden, u.a. aufgrund der in den letzten Jahren erfolgten Zuwanderung. Der Schlüssel für die Steigerung des Sicherheitsempfindens liegt in Integration, Dialog und Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Gütersloher Bevölkerungsgruppen.

Genauso wichtig ist Zivilcourage. Die Mithilfe der Bürger\*innen bei erkennbaren Gefahren oder Delikten ist ein wichtiger Beitrag zur Sicherheit in unserer Stadt. Um der Gefahr von Übergriffen entgegenzutreten ist es wichtig, nicht wegzusehen, wenn anderen Mitmenschen Unrecht geschieht. Zivilcourage benötigt Mut und das Wissen, wie man sich in einer konkreten Situation am besten verhalten soll. Die **BfGT** regt u.a. an, Kurse der örtlichen Polizei zum Thema Zivilcourage durchzuführen.

## **SIEDLUNGSGEBIETE in der Stadt der Bürger\*innen**

Die **BfGT** wird sich weiterhin dafür einsetzen, die Vorschläge aus Ortsteilen zu berücksichtigen und keine großflächigen Wohngebiete auszuweisen.

## **SOZIALRAUMARBEITSGEMEINSCHAFTEN in der Stadt der Bürger\*innen**

Die Sozialraumarbeitgemeinschaften, die im Wesentlichen für Delegierte von sozialen Institutionen zugänglich sind, sollen sich für vor Ort wohnende, interessierte Mitbürger\*innen öffnen. Die Arbeitsgruppen bilden ein hervorragendes Forum, um über Angelegenheiten vor Ort zu beraten und Lösungen zu erarbeiten.

Durch Öffnung der Arbeitskreise wird den Bewohner\*innen der Ortsteile/Sozialräume die Chance gegeben, in ihrem unmittelbaren nachbarschaftlichen Umfeld aktiv zu werden und mitzubestimmen.

## **SPARKASSE in der Stadt der Bürger\*innen**

Die Sparkasse ist gemäß § 3 des Sparkassengesetzes ein Wirtschaftsunternehmen der Stadt, deren Beteiligung indirekt über den Sparkassenzweckverband der Stadt und des Kreises Gütersloh erfolgt.



In unserer Stadt ist die Sparkasse nicht nur ein wichtiger Arbeitgeber und Ausbilder, sondern auch Sponsor von Sport- und Jugendprojekten. Mit ihrem Engagement trägt sie auf dem Gebiet des freizeit-kulturellen Sektors zu einer lebendigen "Stadtkultur" bei.

Die Sparkasse kann nach dem neuen Sparkassen-Gesetz maximal den Jahresüberschuss an die Stadt ausschütten. Die Verwendung der Ausschüttung erfolgt nach dem Willen der Kommune. Die Mittel können, wie in § 25 Abs. 3 Sparkassen-Gesetz klar gestellt wird, wahlweise für gemeinnützige Zwecke, z.B. in den Bereichen Bildung und Erziehung, Soziales und Familie, Kultur und Sport, Umwelt oder für gemeinwohlorientierte Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft verwendet werden.

Im Jahr 2008 brachten die **BfGT** erstmals die Forderung ein, die Sparkasse solle einen Teil ihres Gewinnes an die Stadt Gütersloh überweisen. Zunächst vergeblich - damals herrschte noch Unverständnis bei den anderen Fraktionen. Die ständige Mahnung der **BfGT**, die Sparkasse solle ihre Verantwortung für die Stadt wahrnehmen, fand schließlich Gehör. Die Sparkasse überwies in den letzten Jahren stattliche sechsstellige Beträge an die Stadt Gütersloh.

Die **BfGT** werden sich dafür einsetzen, dass ein Teil des erwirtschafteten Gewinns auch in Zukunft an die Stadt zur weiteren Verwendung abgeführt wird. In extremen Sondersituationen wie der aktuellen Corona-Krise kann es natürlich auch geboten erscheinen, den Überschuss der Rücklage der Sparkasse zuzuführen.

## **SPIELPLÄTZE UND SPIELSTRASSEN in der Stadt der Bürger\*innen**

In vielen Stadtgebieten besteht immer noch ein deutlicher Mangel an beispielbaren Freiräumen. In Zusammenarbeit mit den Eltern vor Ort sind hier Verbesserungen, wie z. B. Attraktivitätssteigerungen durch entsprechende Spielgeräte, vorzunehmen.

Die **BfGT** hält an dem Vorhaben fest, Spielplatzpatenschaften zu vergeben. Privatpersonen oder Unternehmen übernehmen die Patenschaft für einen Spielplatz und damit die Verantwortung für das Erscheinungsbild des Spielplatzes. Die Verantwortlichen melden gegebenenfalls Mängel an die Stadt, die vom Fachbereich Grünflächen beseitigt werden. Anwohner können nach Verbesserungsvorschlägen befragt werden, um sie „mit ins Boot zu nehmen“.

Außerdem ist es wichtig, dass Symbole an einigen Zuwegungen aufgestellt werden, damit diese Spielplätze überhaupt gefunden werden. So ist z.B. der Innenstadtspielplatz an der Martin-Luther-Kirche vielen gar nicht bekannt.

Die **BfGT** setzt sich dafür ein, dass Spielgeräte bzw. Sitzmöbel für Spielplätze mit Hilfe von Sponsoren angeschafft werden. Das Spielgerät bzw. das Sitzmöbel ist dann mit einer Beschilderung des Sponsors zu versehen.



Auch Spielstraßen sind ein wichtiger Baustein um die Umwelt den Kindern erfahrbar zu machen. Die **BfGT** setzen sich für die Einrichtung von Spielstraßen ein, weil manche Straßen kaum vom Autoverkehr genutzt werden müssen, Kinder generell mehr Platz brauchen und nicht einzusehen ist, dass nahezu der gesamte Raum einer öffentlichen Straße durch den Autoverkehr blockiert wird.

### **SPORT in der Stadt der Bürger\*innen**

Unsere Sportvereine fahren nicht nur sportliche Erfolge ein, sondern leisten darüber hinaus noch vieles für die Gesellschaft: Sie errichten und unterhalten eine Infrastruktur für viele tausend Freizeitsportler, die diese Angebote gerne annehmen. Besonders wichtig sind die Sportvereine aber auch im Gebiet der Integration: Fuß- und Handball z. B. sind Sprachen, die auf der ganzen Welt gesprochen werden.

Wie hoch würde der städtische Haushalt ohne die Präventionsarbeit der Sportvereine zusätzlich belastet?

Damit unsere Sportvereine weiterhin so erfolgreich arbeiten können, ist es wichtig, dass sie zuverlässige finanzielle Unterstützung erhalten und eine langfristige und sichere Berücksichtigung in der städtischen Finanzplanung finden.

Für die **BfGT** gilt der Grundsatz „Sport für alle“. Daher darf die Förderung des Breiten- und Behindertensportes nicht auf den Prüfstand gestellt werden. Auch dem Leistungssport ist größtmögliche Unterstützung zu gewähren, alle Sparten sind wichtig für unsere Stadt und aufeinander angewiesen. In diesen Rahmen gehört auch oder erst recht das Heidewaldstadion, welches für Tradition und Zukunft in und für Gütersloh steht. Die **BfGT** ist für die sinnvolle Erhaltung und Nutzung dieser Sportstätte, damit auch künftige Veranstaltungen verschiedenster Art dort ausgetragen werden können.

Als Nachfolge für das "Leistungsprofil für den Sport" wird unter Mitarbeit der **BfGT** in 2021 der Sportentwicklungsplan beschlossen werden. In ihm soll ein ausreichender Rahmen für den Breiten- und Leistungssport in unserer Stadt festgehalten werden. Die **BfGT** wird auch in der kommenden Ratsperiode nachhaltig daran mitarbeiten.

### **STADTBIBLIOTHEK in der Stadt der Bürger\*innen**

Unsere Stadtbibliothek bietet Kompetenz und Meinungsvielfalt. Sie ist eine der kulturellen Säulen unserer Stadt, die für alle Berufs-, Alters- und sozialen Schichten Angebote vorhält.

Auch in Zukunft wird sich die **BfGT** gegen Streichungen und Kürzungen aussprechen, denn nicht nur aus bildungspolitischen Erwägungen ist die Arbeit der Stadtbibliothek für Gütersloh unverzichtbar.



## **STADTENTWICKLUNG in der Stadt der Bürger\*innen**

Die **BfGT** plädiert weiterhin für eine Verschönerung des Bahnhofsvorplatzes. (Wenn der unschöne Fahrradkeller einen neuen Platz fände (wozu sich die neben dem Bahnhofsgebäude befindlichen Wohngebäude nach Abriss besonders gut eignen würden), würde der Bahnhofsvorplatz attraktiv erscheinen können.)

Nachdem der **BfGT**-Antrag zur Umgestaltung des Berliner Platzes und Beseitigung von Mängeln angenommen wurde, legte die Verwaltung ein „Konzept zur Attraktivierung“ vor. Die lebhaften öffentlichen Diskussionen und Kommentare zu den Vorschlägen verdeutlichen das große Interesse der Bürgerschaft an der einer Lösung. Aus diesem Grund beantragte die **BfGT**-Fraktion den Bürgern Gelegenheit zu geben, Stellungnahmen und Vorschläge zur Umgestaltung des Platzes abzugeben, sowie Gespräche mit den Einzelhändlern in Bezug auf Gestaltung und mögliches Sponsoring (z.B. der neuen Bäume) zu führen.

## **STADTSCHULPFLEGSCHAFT in der Stadt der Bürger\*innen**

Mitbestimmung muss es auch für Eltern geben. Der jahrelange Einsatz der **BfGT** für die Gründung einer Stadtschulpflegschaft war in der letzten Ratsperiode von Erfolg gekrönt. Es ist sehr wichtig für unsere Stadt, dass elterliche Aktivitäten und elterliches Engagement rund um Schulen unserer Stadt zentral koordiniert werden. Die **BfGT** wird die Stadtschulpflegschaft weiter unterstützen.

## **STADTMARKETING in der Stadt der Bürger\*innen**

Die angekündigten Erfolge blieben bisher aus. Seitens der Gütersloh Marketing GmbH wurden nur wenig eigenständige Ideen produziert und umgesetzt. Die Zielsetzung ist nach wie vor unscharf.

Die **BfGT** hatte sich daher gegen die Verdoppelung des Budgets für das Stadtmarketing ausgesprochen. Ein so rapides Budgetwachstum erscheint gar nicht sinnvoll in Aktivitäten umsetzbar. Die **BfGT** wird nun genau beobachten, ob mit den Geldern die angekündigten Ergebnisse erreicht werden und ggf. ein Eingreifen der Politik fordern.

Die **BfGT** wird sich weiterhin intensiv für eine Neustrukturierung einsetzen, in der eine spezifische Zielsetzung unbedingt erforderlich ist.

Stadtmarketing darf nicht nur für die Innenstadt durchgeführt werden, sondern darf auch die Aktivitäten in den Ortsteilen nicht außer Acht lassen. Die Übertragung der eigentlichen Aufgaben an private Agenturen ist unter Einbeziehung eines Kostenvergleichs zu prüfen.



Durch die Corona-Krise hat das Stadtmarketing nicht alle seine in diesem Jahr geplanten Aktivitäten durchführen können. Dadurch sind Gelder verfügbar. Mit mindestens 10 Prozent des Jahresbudgets soll ein Kulturfonds für die freie Kulturszene eingerichtet werden, aus dem vielfältige Projekte und Aktionen gefördert werden.

### **STADTWERKE in der Stadt der Bürger\*innen**

Die Stadt Gütersloh ist Mehrheitsgesellschafter der Stadtwerke. Aus diesem Grund besteht die Möglichkeit, Einfluss auszuüben und besonders die lokalen Entscheidungen zu steuern. Die **BfGT** wird sich dafür einsetzen, dass die SWG die Preise für Energieleistungen, ihren Gewinnen anpasst. Eine Senkung der Bädertarife für familienfreundliche und sozialverträgliche Eintrittspreis ist weiterhin anzustreben. Werden so genannte Rekordergebnisse erzielt, dürfen nicht zugleich die Gebühren angehoben werden. Das Restrukturierungsprogramm darf im Personalbereich nicht nur auf die „unteren Gehaltsklassen“ angewandt werden. Geschäftsführer und Leitungsebene sind ebenfalls mit einzubeziehen. Der Glasfaserausbau ist zu forcieren und darf nicht weiter hinausgezögert werden. Es gibt noch zu viele weiße Flecken und für die **BfGT** gehört der Anschluss an das schnelle Internet zu den Aufgaben der modernen Daseinsvorsorge unserer Stadt.

### **THEATER in der Stadt der Bürger\*innen**

Die **BfGT** ist im Jahre 1999 aus einer Bürgerbewegung gegen den Theaterneubau hervorgegangen. Die Bürgerbewegung hatte zunächst den Neubau mit einem Bürgerentscheid verhindert, später wurde er aber doch von der politischen Mehrheit realisiert.

Von Anfang an hat die **BfGT** auf die finanziellen Risiken hingewiesen und wurde als „Lügner und Betrüger“ dargestellt. Heute weiß es jeder: Am Ende ist der Neubau doch teurer geworden, dadurch wurde gegen Ratsbeschlüsse zur Kostendeckelung verstoßen. Darüber hinaus zahlen die Bürger\*innen inklusive Zinsen ca. 4,7 Millionen € Unterhaltskosten pro Jahr für die Kulturräume.

Die **BfGT** hat im Sinne der Gütersloher Bürger\*innen gegen alle Beschlüsse, die zu Haushaltsbelastungen im Zusammenhang mit dem neuen Theater führen, gestimmt.

Gegenüber den Hotelplänen ist mit Rücksicht auf die bestehenden Hotels Skepsis angesagt, da die Belegungszahlen zeigen, dass ein Bedarf an weiteren Übernachtungsangeboten nicht gegeben ist.

### **TRANSPARENZ unserer Arbeit in der Stadt der Bürger\*innen**

Transparenz und Informationen für die Bürger\*innen sind uns wichtig. Wir aktualisieren unsere Homepage nicht erst vor den Wahlen, sondern informieren seit Beginn unserer Ratsarbeit permanent über Neuigkeiten aus dem Rathaus.

**BfGT Bürger für Gütersloh e. V. - Wir Bürger werden mitbestimmen!**



Wir stellen unsere Anträge ins Netz, setzen Links zu den Protokollen, damit die Bürger\*innen nachverfolgen können, ob wir unsere Wahlaussagen auch eingehalten haben bzw. welche Anträge angenommen und welche Vorhaben von der politischen Mehrheit abgelehnt wurden.

Auf der **BfGT**-Homepage sowie in den sozialen Netzwerken informieren wir ausführlich über die Arbeit der Fraktion sowie des Vereins. Auch nach den Wahlen werden aktuelle Informationen, frühzeitige Bekanntgabe von Verwaltungsvorhaben und vieles mehr auf unserer Seite zu finden sein.

### **UMWELT in der Stadt der Bürger\*innen**

Für die **BfGT** ist Natur und Landschaft haben ihren eigenen Wert und sind die Lebensgrundlage des Menschen. Besonders in Verantwortung für die künftigen Generationen setzt sich die **BfGT** dafür ein, im besiedelten und unbesiedelten Bereich die Umwelt zu schützen. Die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft in unserer Stadt darf nicht durch Neuausweisung von großflächigen Gewerbe- und Siedlungsgebieten zerstört werden.

Einer effizienteren Nutzung der vorhandenen Bauten und Bauflächen werden wir Neuplanungen und großflächigen Siedlungsbereichen vorziehen. Das Fällen von altem Baumbestand im Rahmen der Änderung von Bebauungsplänen zugunsten der Schaffung neuer Bauten darf in der bisherigen Art nicht weitergeführt werden.

Die Eingriffsregelung ist durch die Naturschutzgesetzgebung festgelegt und zugleich integrativer Bestandteil des Baurechts. Sie sieht vor, bei geplanten Eingriffen, die eine Beeinträchtigung von Naturhaushalt oder Landschaftsbild bewirken können, vermeidbare Vorhaben zu verhindern und unvermeidbare in ihren Auswirkungen möglichst gering zu halten. Per EU-Gesetz sind zudem Umweltverträglichkeitsprüfungen für jeden Bebauungsplan vorgeschrieben.

Der Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität in unserer Stadt misst die **BfGT** durch die Erweiterung der Grün- und Freiraumsituation eine zunehmende Bedeutung zu. Pro Einwohner stehen uns ca. 8 qm öffentliche Grünflächen zur Verfügung (mit Friedhöfen, Spielplätze und Kleingärten = 10,3qm). Der Richtwert des deutschen Städtetages liegt jedoch zwischen 20-25 qm pro Nutzer. Dies bedeutet, dass wir schon jetzt ein erhebliches Defizit an Grün- und Erholungsflächen aufweisen und der Anteil – anstatt durch Gewerbegebiete abgebaut – eher erhöht werden müsste.

- **Saubere Luft**

Luftreinhaltung ist Gesundheitsschutz. Daher müssen die Belastungen etwa durch Feinstaub und Stickoxyde in dem von der Europäischen Union vorgegebenen Rechtsrahmen vermindert werden.





Durch den Urteilsspruch des Bundesverwaltungsgerichtes können Bürger bereits seit 2007 ihr Recht auf gesunde Luft einklagen.

In einem Grundsatzurteil wurde festgestellt, dass Kommunen sich nicht auf das mögliche Fehlen eines Aktionsplanes zur Luftreinhaltung berufen können. Vielmehr seien sie verpflichtet, auch außerplanmäßige Einzelmaßnahmen anzuordnen. Fehlende Aufstellung eines "Aktionsplans", so stellte das Bundesverwaltungsgericht klar, befreie örtliche Behörden nicht von Einzelmaßnahmen, die zur Abwehr gesundheitlicher Beeinträchtigungen durch Feinstaubimmissionen nötig sind.

Als Hauptquelle von Feinstaub gelten Verkehr und Industrie. Die feinen Partikel in der Luft kommen in Dieselruß, Reifenabrieb, Baustaub oder den Abgasen aus Industrie und Heizungen vor. Die Staubteile sind so klein, dass sie nicht in Nase und Rachen hängen bleiben, sondern ungehindert in die Lunge gelangen. Dort können sie Entzündungen, Wucherungen, Asthma, Bronchitis oder Krebs auslösen. In bestimmten Konzentrationen führen sie zum Herzinfarkt.

Die **BfGT** wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass Messungen durchgeführt werden, die mit konkreten und vor allem aktuellen Daten als Basis für weitere Maßnahmen von größter Wichtigkeit sind.

## **VERKEHRSWENDE in der Stadt der Bürger\*innen**

Hier benötigen wir nach unendlichen Debatten endlich ein Gesamtkonzept für Mobilität und Verkehr, das nicht nur einzelne Bereiche wie den Radverkehr, den ÖPNV oder das innerstädtische Parken im Fokus hat. Es geht um ein ausgewogenes und nachhaltiges Miteinander aller Interessengruppen. Ziel ist es, eine bezahlbare Mobilität für alle – Familien, Schulkinder, Pendler, Gäste, Senioren und regionale Wirtschaft – so zu gestalten und zu verknüpfen, dass der öffentliche Raum optimal genutzt wird und die Aufenthaltsqualität besonders in der Innenstadt und den Ortskernen gesteigert wird.

## **VERWALTUNG in der Stadt der Bürger\*innen**

Die Verwaltung unserer Stadt hat ihr Handeln sowohl bei gestalterischen Aufgaben als auch bei der Erfüllung der Pflichtaufgaben an den Bedürfnissen der Bürger\*innen auszurichten. Finanziert wird sie mit Steuergeldern, dem Geld der Bürger. Schon deshalb sollte sie sparsam, effizient und unbürokratisch arbeiten. Das kann sie nur, wenn sie sich auf ihre Kernaufgaben konzentriert und alle Einsparpotenziale wahrnimmt.

Als Serviceanbieter für die Bürger\*innen unserer Stadt sollte Mitarbeitern und Führungskräften in unserer Verwaltung bewusst sein, dass die Bürger im Sinne der Kundenorientierung diejenigen sind, die die Dienstleistungen in Auftrag geben und vor allem auch bezahlen.



Die Verwaltung versteht sich als Dienstleistungsunternehmen gegenüber den Bürger\*innen. Folglich lassen sich auch im Personalbereich Maßstäbe aus der freien Wirtschaft für einen effizienteren Arbeitsablauf heranziehen.

Gemeinsam mit den Bürger\*innen ist zu prüfen, welche Dienstleistungen unsere Verwaltung vorhalten soll und welche auszugliedern sind. Kooperationen mit dem Kreis oder auch anderen Städten und Gemeinden sind in die Überlegungen einzubeziehen.

Um den Haushalt langfristig zu konsolidieren und die Budgets u. a. für die Bereiche Jugend, Bildung, Sport und Soziales nicht weiter zu kürzen, halten wir Umstrukturierungen und Zusammenlegungen von Dezernaten und Fachbereichen für unumgänglich. Die in diese Richtung unternommenen Schritte haben allerdings einen falschen Zuschnitt: Stadtbibliothek und VHS wurden dem Bereich Kultur zugeordnet, obwohl sie eigentlich zur Bildung gehören. Die **BfGT** fordert einen Zuschnitt, der den jeweiligen Aufgabenzusammenhängen gerecht wird und Synergien erzeugt.

Im Umgang mit den Bürger\*innen ist die Verwaltungssprache zu vereinfachen. Hinweise auf Paragraphen, Gesetzestexte und Verordnungen dürfen nicht den eigentlichen Sinn der Anschreiben überlagern. In unserer Stadt lassen sich Verwaltungsvorgänge abbauen. Eine effiziente Verwaltung ist Voraussetzung für die Akzeptanz und Zusammenarbeit mit den Bürger\*innen.

- **Bürokratieabbau**

In unserer Stadt sollten kommunale Erlasse und Verordnungen überprüft, vereinfacht und ggf. gestrichen werden. Für städtische Vorschriften ist zu hinterfragen, ob sie noch sinnvoll und zeitgemäß sind.

Besonders im Bereich der Bauordnung strebt die **BfGT** eine Vereinfachung der Baugenehmigungen an. Viele Gesetze und Vorschriften lassen Platz für Entscheidungsspielräume. Auch in unserer Stadt soll diese Möglichkeit im Umgang mit den Bürger\*innen beachtet werden. Angestrebt wird auch eine Lockerung bzw. Entzerrung der Bebauungspläne.

Nicht nur den Bürger\*innen dürfen Fristen gesetzt werden. Auch der Verwaltung müssen in allen Bereichen Entscheidungsfristen gesetzt werden. Wird eine Bürgeranfrage, ein Bürgerantrag in einem bestimmten Zeitraum nicht beantwortet, sollte die Anfrage / der Antrag als „positiv entschieden“ gelten.

- **Partnerschaften**

Gemeinsam mit den Bürger\*innen sollte die Verwaltung neue Wege beschreiten. Notwendige Aufgaben sollten nicht mehr ausschließlich selbst wahrgenommen werden, sondern in Form von strategischen Bündnissen und Partnerschaften mit Beteiligten aus Unternehmen, bürgerschaftlichen Organisationen, Verbänden, Medien und ehrenamtlich tätigen Bürger\*innen umgesetzt werden.



Diese Kooperationen sind in Bereichen sinnvoll, in denen das städtische Finanzvolumen für die erforderlichen Investitionen nicht ausreicht oder auch das betriebswirtschaftliche, technische oder organisatorische Wissen Dritter genutzt werden kann.

- **Nichtöffentliche Sitzungen**

Beratungen in nicht öffentlicher Sitzung unterliegen der Verschwiegenheit, sind in vielen Fällen jedoch am nächsten Tag in den Medien nachzulesen. Die Bürger\*innen unserer Stadt sollen ausführlicher und vor allem rechtzeitig über Vorhaben und Planungen informiert werden. Beratungen hinter verschlossenen Türen und ohne Beteiligung von direkt Betroffenen (z. B. Anlieger) wecken Misstrauen. Mit Offenheit erreichen wir das Gegenteil: das Vertrauen der Bürger\*innen. Die Nichtöffentlichkeit von Sitzungen sollte daher auf ein Minimum reduziert werden.

Die **BfGT** versuchte schon länger zu erwirken, dass öffentliche Sitzungen im Internet zu übertragen. Erst die Corona-Krise machte es möglich, dass dies wirklich geschieht. Die **BfGT** setzt sich dafür ein, dass die Live-Übertragungen im Internet dauerhaft beibehalten werden.

## **WERKVERTRAGSARBEITNEHMER\*INNEN in der Stadt der Bürger\*innen**

Die **BfGT** war von Anfang an Mitglied am 2018 erstmals einberufenen Runden Tisch zur „Verbesserung der Situation von Werkvertragsarbeitnehmer\*innen“. Zum letzten Treffen formulierte der Runde Tisch einen Abschlussbericht mit den vier wichtigen Handlungsfeldern Sprache, Schule, Wohnen und Beratung. Diesen vier Handlungsfeldern wurden konkrete Maßnahmen und diesen Maßnahmen konkrete Kosten zugeordnet. Die **BfGT** wird im weiteren Prozess die Umsetzung der Maßnahmen beobachten und die anteilige Übernahme der Kosten durch beteiligte Unternehmen im weiteren Verlauf fordern.

## **WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG in der Stadt der Bürger\*innen**

Eine ergebnisorientierte Wirtschaftsförderung ist als zentrale Anlaufstelle für Unternehmen auszurichten und muss ihrem eigentlichen Begriff und Ziel Akquisition von auswärtigen Unternehmen, Betreuung und Pflege der ortsansässigen Firmen und Unternehmen sowie Unterstützung und Förderung von Existenzgründern bis zum Krisenmanagement gerecht werden.

Wirtschaftsförderung ist „Chefsache“. Der direkte Dialog mit den ortsansässigen Unternehmen ist zu intensivieren, die Einrichtung eines Wirtschaftsbeirates ist der erste Schritt in diese Richtung.

Die Gründung einer GmbH als neuer Träger könnte einen möglichen Aufbauprozess ins Stocken bringen.



Mit einer Fortführung und zugleich Ausbau der bisherigen Aktivitäten würde gegenüber einheimischen als auch auswärtigen Unternehmen jedoch ein eindeutiges Signal gesetzt, welchen Stellenwert die Wirtschaftsförderung in unserer Stadt eingeräumt wird. Eine spätere Umwandlung in eine andere Gesellschaftsform sollte für die Zukunft selbstverständlich nicht ausgeschlossen werden.

Für unsere Stadt sind u. a. folgende Punkte eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg: unabhängige Handlungsweise und mehr Kompetenz in Bezug auf Grundstücke, Planung und Bauordnung, vereinfachte und beschleunigte Genehmigungsverfahren, Hinweise auf spezialisierte Förderprogramme, auf die ein Suchender selten im ersten Schritt stößt sowie eine optimale Gestaltung und Verbesserung des Zugriffs auf eine eigene Homepage.

Für Existenzgründer könnten im Wege des Erbbaurechtes preisreduzierte Flächenangebote zusätzliche Anreize zu schaffen. Die Erhaltung und Sicherung klein- und mittelständischer Unternehmen sowie Handwerksbetriebe ist für die **BfGT** eine weitere Voraussetzung für die Sicherung von Arbeitsplätzen in unserer Stadt.

Verstärkt soll sich die Wirtschaftsförderung in Zusammenarbeit mit der Planung darum bemühen, die Situation des Einzelhandels durch attraktive Rahmenbedingungen sowohl in der Innenstadt als auch in den Ortsteilen deutlich zu verbessern. Eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit kann dafür werben, dass unsere Stadt als Einkaufsstadt von auswärtigen Kunden verstärkt wahrgenommen und angenommen wird.

Zu einer erfolgreichen und optimal funktionierenden Wirtschaftsförderung gehört eine konsequent sparsame Haushaltspolitik, die eine Senkung der Steuern und Abgaben ermöglicht. Unter Voraussetzung einer verbesserten Haushaltlage ist die Senkung der Gewerbesteuer für die **BfGT** ein langfristiges Ziel, um die vorhandenen Betriebe zu entlasten und ansiedlungswilligen Unternehmen einen zusätzlichen positiven Standortfaktor zu bieten.

Auch die Gastronomie ist in die Wirtschaftsförderung einzubeziehen.

Die Voraussetzungen für die Betreibung von Biergärten oder Straßencafés sind durch die Vereinfachung von Genehmigungen und weniger Auflagen für die Außengastronomie zu schaffen. Die **BfGT** wird sich für eine Senkung der Gebühren in Bezug auf die Nutzung städtischer Flächen vor Cafés, Imbissstuben, Kneipen, Restaurants, etc. einsetzen.

Herausgeber:

**BfGT Bürger für Gütersloh e. V.**

Unter den Ulmen 31 – 33332 Gütersloh

Tel. 05241-222 772 / e-Mail: [info@bfgt.de](mailto:info@bfgt.de) /

Homepage: [www.bfgt.de](http://www.bfgt.de)

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:

Nobby Morkes (1. Vorsitzender)

